

Friedrich Naumann
STIFTUNG

FÜR DIE FREIHEIT

Jahresbericht 2017



60 Jahre Stiftung für die Freiheit

Lebe, lerne und lebe!

am 19. Mai 1958 versammelte Bundespräsident Theodor Heuss in seinem Amtssitz, der Villa Hammerschmidt in Bonn, Freunde und Weggefährten zur Gründung der Friedrich-Naumann-Stiftung. Theodor Heuss entschloss sich zur Gründung einer Politischen Stiftung nicht nur aufgrund seiner politischen Erfahrung in der Weimarer Republik, die als erste deutsche Republik zu Grunde ging, weil zu wenige Demokraten bereit waren, für ihr Überleben zu kämpfen. Theodor Heuss verband mit der Gründung der Friedrich-Naumann-Stiftung die Absicht, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger durch politische Bildung zu Garanten der jungen Bundesrepublik zu erziehen. In der Tradition seines großen politischen Förderers und Vorbilds Friedrich Naumann setzte Theodor Heuss auf die politische Bildung als Prävention gegen Extremismus und Fanatismus.

Den Willen ihres Gründers hat die Friedrich-Naumann-Stiftung in ihrer nunmehr 60-jährigen Geschichte immer als Aufforderung, Verpflichtung und auch als Mission verstanden. Die Arbeit der Stiftung wäre aber nicht denkbar gewesen ohne die vielen Partner, mit denen unsere Stiftung teilweise seit Jahrzehnten verbunden ist, sei es im Ausland oder im Inland. All ihnen, den gesellschaftlichen Partnern und Akteuren in Deutschland, Europa und der Welt gilt unser Dank für eine erfolgreiche und vertrauensvolle Zusammenarbeit seit jetzt 60 Jahren.

Das Ausscheiden der Freien Demokraten aus dem Deutschen Bundestag im Jahr 2013 war auch für die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit eine tiefe Zäsur. Zum ersten Mal mit der Bedrohung ihrer Existenz als eine der Politischen Stiftungen konfrontiert, mussten wir schnell und konsequent auf diese Herausforderung reagieren und alle Kräfte bündeln. Dieser Mut zur Veränderung hat in den letzten Jahren Früchte getragen. Das Profil der Stiftung ist stärker auf die wesentlichen liberalen Themen wie soziale Marktwirtschaft, Bildung, offene und digitale Gesellschaft sowie internationale Politik fokussiert. Wir haben es geschafft, durch eine moderne Kommunikation und innovative Vermarktungsinstrumente jedes Jahr mehr Bürgerinnen und Bürger für unsere Veranstaltungen zu interessieren.

Auf diesem Erfolg wollen wir uns aber nicht ausruhen. Mit dem historischen Wiedereinzug der Freien Demokraten im Jahr 2017 hat die Stiftung jetzt wieder eine neue langfristige Perspektive als Politische Stiftung. Nun gilt es, auf dem Erreichten weiter aufzubauen und die Stiftung in eine neue Zukunft zu führen. Der Vorstand und das Kuratorium haben hierzu die strategischen Ziele 2022 verabschiedet, die insbesondere die Verbreiterung unseres Bildungsangebotes in thematischer und organisatorischer Richtung sicherstellen sollen. Wir wollen uns stärker auf mittel- und langfristige Themengestaltungen konzentrieren und so die politischen und intellektuellen Debatten in Deutschland bereichern. Wir müssen unsere Bildungsangebote in die Fläche unseres Landes tragen, um noch stärker für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu werben, und wir wollen die globalen Megathemen unserer Zeit mit unseren internationalen Partnern und Freunden gemeinsam erörtern und konkrete Impulse erarbeiten.

Ich lade Sie herzlich ein, die Breite unseres Engagements und unserer Arbeit im Jahr 2017 kennenzulernen und dabei 60 Jahre Stiftung zu reflektieren. Und ich freue mich, wenn wir Sie in diesem Jahr in einer der Veranstaltungen unserer Stiftung vor Ort begrüßen dürfen. Bei unserer, Ihrer Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Steffen Saebisch

Steffen Saebisch

Hauptgeschäftsführer der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

08 Highlights



- 10 Freiheit als Lebensgefühl
- 12 Genscher als Kompass
- 14 Afrika als Chancenkontinent
- 16 Öffentlichkeit als stärkste Waffe
- 18 Zivilcourage als Appell

20 Offene Gesellschaft



- 22 Leitkultur? Es gilt das Grundgesetz
- 24 Zur Freiheit verpflichtet
- 26 Leidenschaftlich für die Freiheit

28 Bildung



- 30 Der Staat denkt nur an sich selbst
- 32 Private Ersatzschulen bedroht
- 34 Erste Sonderstipendien vergeben
- 36 Das MINT-Marketing muss kreativer werden

38 Soziale Marktwirtschaft



- 40 Belastungshöhe auf Rekordniveau
- 42 Schwarzboot-Törn und Schwarzbus-Tour
- 44 Innovation setzt Freiheit voraus
- 46 Das Pferd frisst keinen Gurkensalat
- 48 Die Hoffnung in den Freihandel nicht verlieren

50 Digitale Gesellschaft



- 52 Ein Handtuch für den Datenschutz
- 54 Deutschland muss schneller werden
- 56 Asien macht mobil

58 Internationale Politik



- 60 Why Europe – Die Liebe zu Europa neu entfachen
- 62 Mit Humor erreicht man mehr
- 64 Good Governance
- 66 Promoting Tolerance

68 Allgemeines

- 70 Freiheit weltweit stärken und verteidigen
- 71 Bericht des Kuratoriums zur Gremienarbeit 2017
- 72 Zum Selbstverständnis der politischen Stiftungen
- 73 Im politischen Dialog in über 60 Ländern der Erde

74 Die liberale Bilanz

- 76 Die finanziellen Mittel der Stiftung (Jahresvergleich)
- 77 Quellennachweis der Gesamteinnahmen
- 78 Aufteilung der Mittel
- 79 Mitarbeiter und Stipendiaten
- 80 Das Geschäftsjahr 2016
- 81 Zu erwartende Einnahmen und Ausgaben 2018
- 82 Danksagung und Impressum

„Fleiß, Talent und Risikobereitschaft müssen einen Unterschied machen dürfen.“





„Fleiß, Talent und Risikobereitschaft müssen einen Unterschied machen dürfen.“

Berliner Rede zur Freiheit Freiheit als Lebensgefühl

Die Redner zur Freiheit setzen jährlich am Brandenburger Tor ein Zeichen für den Wert der Freiheit. Die elfte Berliner Rede zur Freiheit hielt Christian Lindner am 29. Mai 2017. Dr. Wolfgang Gerhardt eröffnete den Abend im Allianz-Forum mit den Worten „Wir machen uns keine Illusionen, dass viele Menschen in ihrer Komfortzone das Thema Freiheit als selbstverständlich wahrnehmen. Irgendwie fühlen sich doch alle liberal. Wenn es aber ernst wird, es um den Schutz von Minderheiten geht, um neue Entwicklungen, dann wird es bei den Meisten doch etwas kritisch.“

bit.ly/2o9cK9B



Rede zur Freiheit
Video

Liberalismus – eine Einladung zur Reflektion

Von der Erinnerung an den vor hundert Jahren geborenen John F. Kennedy und sein berühmtes Zitat „Ich bin ein Berliner“ spannte Lindner den Bogen zur Tagespolitik. Nach dem G7-Gipfel mit US-Präsident Trump warnt Lindner vor einer Entfremdung zu den USA. „Ein einziger Präsident gefährdet nicht unsere Freundschaft, die Stärkung Europas darf kein Gegenmodell zur transatlantischen Partnerschaft darstellen.“

Dann erst wendete sich Lindner, der auch Kuratoriumsmitglied der Stiftung für die Freiheit ist, augenzwinkernd an deren Vorsitzenden Dr. Wolfgang Gerhardt. „Das Briefing, das ich zur Vorbereitung auf die Rede erhalten habe, hieß: keine Wahlkampfrede, nicht länger als 45 Minuten. Heute ist also ein Genrewechsel von mir gefragt: eine Grundierung liberaler Politik vorzunehmen. Darüber nachdenken zu dürfen, bin ich Ihnen als Anstifter dieser Redner-Tradition dankbar!“

Die wiederkehrenden liberalen Themen, die Entfesselung der Ökonomie, die Ermutigung des leistungsbereiten Einzelnen oder das freiheitliche Lebensgefühl erklärte Lindner an anschaulichen Beispielen. Liberalismus heiße immer auch Dialog, zudem sei Liberalismus per se eine Einladung zum Nachdenken. Mit dem Ziel, Menschen immer wieder aufs Neue die Chance zu geben, ihren eigenen Lebensentwurf zu gestalten.

Fleiß, Talent und Risikobereitschaft müssen einen Unterschied machen.

Ein Schlüsselthema ist für Lindner dabei Bildung. „Warum diskutieren wir nicht mit Intensität, warum Deutschland nicht auch bei Bildungsinvestitionen zu den Spitzenreitern gehört?“ Lindner will den Menschen keine Schablonen vorgeben, sondern ihnen ermöglichen, ihre individuellen Lebensentwürfe zu verwirklichen. „Fleiß, Talent und Risikobereitschaft müssen einen Unterschied machen dürfen. Vielfalt ist geradezu notwendig.“ Eine soziale Absicherung des Einzelnen sei dabei aber immer die Basis, „deshalb das Plädoyer für einen Sozialstaat, wo Menschen vorangehen, die sich ihren Wohlstand erarbeiten.“

Christian Lindner sprach in seiner Rede zur Freiheit von einer „Grundierung liberaler Politik“.



Erstmals organisierte das Hamburger Büro der Stiftung für die Freiheit ein Public Viewing für alle Interessierten, die nicht vor Ort sein konnten. Auch in den sozialen Netzwerken wurde unter dem Hashtag #RZF17 getwittert.

Bisherige Redner der jährlich im Frühjahr am Brandenburger Tor stattfindenden Stiftungs-Veranstaltung waren Udo di Fabio, Heinrich August Winkler, Joachim Gauck, Paul Nolte, Peter Sloterdijk, Karl Kardinal Lehmann, Gabor Steingart, Mark Rutte, Zhanna Nemzowa und Ryszard Petru.

Weitere Informationen und alle Videos der Reden gibt es auf der Themenseite www.freiheit.org/thema/rede-zur-freiheit.

2007 Der erste Redner zur Freiheit war Udo di Fabio, Juraprofessor in Bonn und bis 2011 Richter am Bundesverfassungsgericht. Seitdem bringt die Stiftung jährlich mit der „Berliner Rede zur Freiheit“ spannende Debattenbeiträge in die Öffentlichkeit.



Gedenkveranstaltung Genscher als Kompass

Auf der Gedenkveranstaltung zu Ehren Genschers im Bundesrechnungshof in Bonn sprachen Gerhart Baum, Dr. Irmgard Schwaetzer, Klaus Kinkel und Alexander Graf Lambsdorff MdB.



„Jetzt müssen wir im Sinne Genschers von der Zuschauertribüne runter. Gegen Rechtspopulisten, Ethnonationalismus und Ja-Aber-Europäer!“

Fast zwei Jahrzehnte prägte Hans-Dietrich Genscher die deutsche Außenpolitik und war unverzichtbar in seinem Einsatz für Menschenrechte, eine gerechtere globale Entwicklung und die Einigung Europas in Frieden und Freiheit. Dass sogar sein Schreibtisch noch von seinen Nachfolgern genutzt wird, ist nur eines der vielen Elemente seines Vermächtnisses, so Dr. Wolfgang Gerhardt, Vorsitzender des Vorstandes der Stiftung für die Freiheit.

Von der Leidenschaft für die Freiheit sei Genscher immer erfasst gewesen und hätte sie gelebt, erinnerte sich Dr. Irmgard Schwaetzer, Bundesministerin a. D. und Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland. Hans-Dietrich Genscher verfolgte als Parlamentarier und in seinen Staatsämtern immer sehr engagiert eine liberale Modernisierung von Staat und Gesellschaft. Freiheit, Stabilität und Verlässlichkeit waren die Anker seiner Politik. Roland Dumas, ehemaliger Außenminister der Französischen Republik, ließ eine persönliche Ansprache vom Gesandten der Französischen Botschaft, Jean-Claude Tribolet, verlesen. Dumas erinnere sich an seine erste Zusammenkunft mit Genscher im Jahr 1983 und sei noch heute stolz auf die „feste, brüderliche Bande“, die sie geknüpft hätten.

Mann des Dialogs

Klaus Kinkel, Nachfolger Genschers im Auswärtigen Amt, erinnerte daran, dass auch die Amtszeit seines „politischen Ziehvaters“ als Innenminister nicht in Vergessenheit geraten sollte. Immerhin seien sechs Grundgesetzänderungen in diese Zeit gefallen. Unvergessen wird wohl der legendäre Einsatz Genschers bleiben, sich während der Geiselnahme der Olympischen Spiele in München als Ersatzgeisel anzubieten. Gerhart Baum, Bundesminister a. D., fügte hinzu, dass Genscher zudem der „erste Umweltminister der Republik“ gewesen sei, da er als Innenminister alle Grundlagen zum modernen Umweltschutz geschaffen habe. Kinkel würdigte insbesondere Genschers diplomatisches Geschick. Unter der Maxime „Solange man im Dialog steht, ist grundsätzlich davon auszugehen, dass nicht geschossen wird“, sei seine Politik immer auf Dialog ausgerichtet gewesen.

Genscherismus – noch heute aktuell

Alexander Graf Lambsdorff MdB schlug den Bogen zur heutigen Außenpolitik, deren Grundlinien nach Genscher mit der Erlangung der deutschen Einheit, der Verpflichtung zum Grundgesetz und der europäischen Geographie schon vorgegeben seien.

Lambsdorff wies auf die Aktualität des „Genscherismus“ hin, jenen Begriff, der – ursprünglich negativ besetzt – zu einem Qualitätsmerkmal der deutschen Außenpolitik wurde. Mit der Verankerung Deutschlands im westlichen Bündnis als Grundlage sei es heute wieder essenziell, mit Regierungen wie beispielsweise der Russlands in einen realistischen Dialog zu treten.

Position beziehen gegen den Abbau der Freiheit

Zuletzt äußerte Lambsdorff seine Gedanken zum Brexit, der „zeigt, was passiert, wenn Demokraten Populisten das Feld überlassen“. Er sehe darin nicht nur eine Vertrauenskrise mit der EU, sondern die Tendenz, dass in nahezu allen westlichen Demokratien die freiheitliche Demokratie an sich in Frage gestellt werde. In schwierigen Zeiten sei es daher besonders ratsam, sich Genschers Optimismus zu Herzen zu nehmen. So seien beispielsweise in Österreich, Polen und Spanien liberale Kräfte wieder stark im Aufwind.

„Unsere Aufgabe muss es sein, dass populistische und nationalistische Kräfte nicht die Oberhand gewinnen. Wir müssen gegen den etappenweisen Abbau der Freiheit Position beziehen. Genscher ist mir dabei ein Kompass.“

Diesem Aufruf schloss sich auch Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Bundesministerin a. D. und Vorstand der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, an, die bei der Veranstaltung das Schlusswort sprach: „Jetzt müssen wir im Sinne Genschers von der Zuschauertribüne runter. Gegen Rechtspopulisten, Ethnonationalismus und Ja-Aber-Europäer!“



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Vorstand der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

2006 verlieh die Stiftung ihren ersten „Freiheitspreis“ an Hans-Dietrich Genscher. Mit diesem Preis würdigt die Stiftung seitdem Persönlichkeiten, die im besonderen Maße Beiträge für die Entwicklung einer liberalen Bürgergesellschaft geleistet haben.



bit.ly/2q83dns



Genscher
Broschüre

Afrikakonferenz

Afrika als Chancenkontinent

Elf der zwanzig am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt liegen in Afrika. Viele Potenziale unseres Nachbarkontinents werden aber bisher noch nicht genutzt. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat mit ihrer Afrikakonferenz Potenziale sichtbar gemacht und arbeitet mit ihren Partnern vor Ort daran, dass die Menschen ihre Möglichkeiten kennen und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen einfordern. Der Stärkung von Good Governance durch die Stiftungsarbeit kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Im Rahmen der internationalen Konferenz wurden zehn Empfehlungen für eine liberale Afrika-Politik erarbeitet. Fünf davon richten sich an die deutsche/europäische Politik und fünf an die afrikanische Politik.

Gekürzter Auszug aus den zehn Empfehlungen für eine liberale Afrika-Politik

An die deutsche/europäische Politik:

1. Paradigmenwechsel in der deutschen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit

Die klassische Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika hat in den letzten fünf Jahrzehnten nur zu mäßigen Erfolgen geführt. Neben staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren muss künftig der Privatsektor als gleichberechtigter Partner anerkannt werden. Ihm kommt eine besondere Bedeutung zu, wenn es darum geht, wirtschaftliches Wachstum anzuregen, Armut und Fluchtursachen zu bekämpfen und Arbeitsplätze zu schaffen.

2. Für eine wertebasierte Entwicklungspolitik

Deutschland und Europa müssen in Afrika weiterhin für ihre Werte eintreten. Die Einhaltung demokratischer Mindeststandards sollte auch in Zukunft Bedingung für Entwicklungszusammenarbeit sein.

3. Die „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“ der Europäischen Union mit den afrikanischen Staaten rasch unterzeichnen

Die Bundesregierung sollte sich für die zügige Unterzeichnung der „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“ (WPAs) einsetzen. Gleichzeitig sollten afrikanische Regierungen und Unternehmen dahingehend beraten werden, wie sie die Chance eines verbesserten Zugangs zum EU-Markt optimal nutzen können.

4. Förderinstrumente für deutsche Unternehmer in Afrika ausbauen

Um mehr deutsche Unternehmer für ein Engagement in Afrika zu motivieren, sollte das Portfolio der „Deutschen Entwicklungsbank“ (DEG) aufgestockt werden, staatliche Exportkreditversicherungen und Investitionsgarantien für afrikanische Länder ausgebaut werden, das BMZ-Budget für die Kooperation mit der Wirtschaft (derzeit nur 1,8 Prozent) deutlich aufgestockt werden.

5. Innovative Sektoren und Finanzierungsinstrumente in Afrika unterstützen

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit sollte noch stärker auf die innovativen Sektoren Afrikas fokussiert werden. Auch die Förderung sogenannter Innovation-Hubs ist ein vielversprechender Ansatz. Die Entwicklung afrikanischer Crowdfunding-Plattformen sollte unterstützt werden. Es stellt eine attraktive Alternative zu den herkömmlichen Bankkrediten dar.

An die afrikanischen Partnerländer:

1. Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive starten

Die berufliche Bildung muss stärker an den Bedarfen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes ausgerichtet werden und in Betrieben stattfinden. E-Learning-Angebote könnten stärker genutzt werden.

2. Entrepreneurship-Education ausbauen

Die künftige Gründer- und Jungunternehmergeneration Afrikas braucht eine bessere Ausbildung. Dafür müssen unternehmerisches Denken und Handeln stärker in den Unterricht auf allen Ebenen eingebaut sowie verstärkt Gründerzentren an Hochschulen etabliert werden.

3. Eine Innovationsoffensive für Afrika starten

Die Forschungsinfrastruktur sollte insbesondere in den innovativen Bereichen ausgebaut und die Forschungskooperationen mit dem Ausland intensiviert werden. Auch das Innovationspotenzial von KMUs und Start-ups könnte stärker genutzt werden.

4. Regionale Wirtschaftsintegration forcieren

Die Vision einer „Kontinentalen Freihandelszone“ in Afrika ist zu begrüßen. Als Zwischenschritt zu diesem Ziel sollten Bemühungen um regionale wirtschaftliche Integration verstärkt werden. Dieser regionale Integrationsansatz verspricht mehr Erfolg als die geplanten Investitionspartnerschaften mit sogenannten Reformchampions, wie sie die deutsche Bundesregierung anstrebt.

5. Start-up-Förderung ausbauen

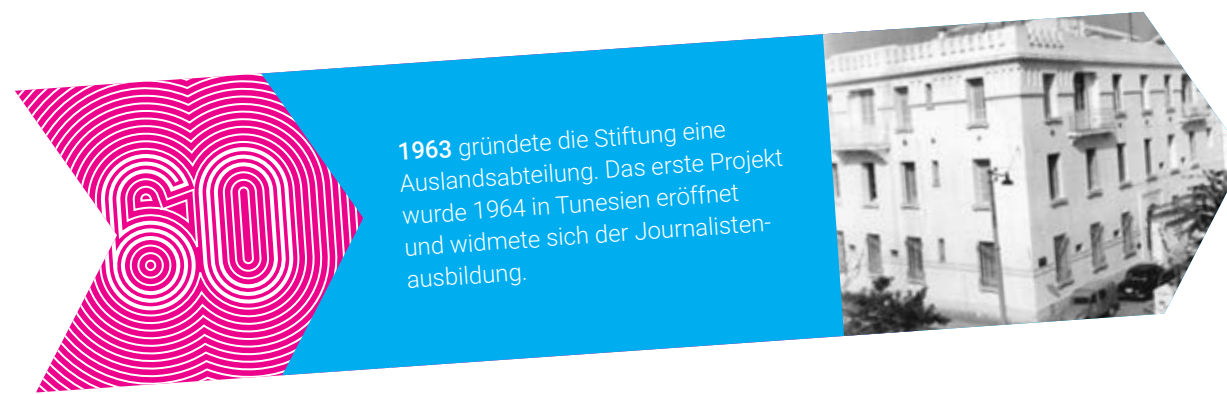
Förder- und Finanzierungsprogramme sowie Mentorenprogramme, steuerliche Erleichterungen in der Anfangsphase, besserer Marktzugang, Anreize für Business Angels/Risikokapitalgeber, Crowdfunding, effizienten und kostengünstigen Patent- und Markenschutz einführen.



Im Rahmen der internationalen Konferenz wurden zehn Empfehlungen für eine liberale Afrika-Politik erarbeitet.



Afrikanische Wirtschaft stark machen:
Auf dem Panel diskutierten Ulrich Grillo,
Gwenn Ngwenya und Günter Nooke.



1963 gründete die Stiftung eine Auslandsabteilung. Das erste Projekt wurde 1964 in Tunesien eröffnet und widmete sich der Journalisten-ausbildung.

bit.ly/2DrOfPH



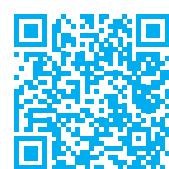
Start up Africa!
Themenseite

Raif Badawi Award Öffentlichkeit als stärkste Waffe



Can Atalay nahm den Raif Badawi Award 2017 for courageous journalists für den damals inhaftierten Preisträger Ahmet Şık entgegen: v.l.n.r. Can Atalay, Ensaf Haidar, Gerhart Baum

bit.ly/2IGFlx5



Ahmet Şık
Portrait

bit.ly/2IGTuza



Raif Badawi Award
Themenseite



Ahmet Şık ist einer der bekanntesten investigativen Journalisten der Türkei. Er schreibt unter anderem für die regierungskritische Zeitung Cumhuriyet. 2011 wurde er noch vor der Veröffentlichung seines Buches „Die Armee des Imam“ über die Gülen-Bewegung unter dem Verdacht inhaftiert, der angeblichen Putschisten-Organisation „Ergenekon“ anzugehören. „Die Armee des Imam“ galt als das „gefährlichste Buch des Landes“. Vom 29. Dezember 2016 bis März 2018 befand er sich in Haft.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat den Raif Badawi Award for courageous journalists 2017 an den türkischen Investigativjournalisten Ahmet Şık vergeben. Die unabhängige Jury hatte Şık aufgrund seiner herausragenden Bedeutung für die freien Medien in der Türkei und stellvertretend für alle Journalisten ausgewählt, die in der Türkei im Gefängnis sitzen. Auch Ahmet Şık war zu diesem Zeitpunkt inhaftiert.

Ensaf Haidar, Ehefrau des inhaftierten saudischen Bloggers Raif Badawi, überreichte dem Menschenrechtler und Anwalt Şıks, Can Atalay, stellvertretend den Preis. „Ahmet Şıks Mut berührt mich zutiefst. Er und Raif teilen das gleiche Schicksal. Beide sitzen im Gefängnis, weil sie sagen, was sie denken“, sagte Haidar.

Im Namen von Ahmet Şık verlas Can Atalay dessen Danksagung: „Ich empfinde gleichzeitig Stolz und Trauer, diesen Preis zu erhalten. Ich sitze hinter Gittern, weil ich meinen Beruf als Journalist ausgeübt, die Wahrheit ausgesprochen und meine Meinung geäußert habe. Und mir wird ein Preis im Namen von Raif Badawi verliehen, der in einem anderen Land ebenfalls hinter Gittern sitzt und gefoltert wird, weil er seine Meinung geäußert hat.“

Şıks Fall spiegele die aktuelle politische Situation in der Türkei wieder, sagte Gerhart Baum, Bundesminister a. D., in seiner Laudatio. Das unverhältnismäßig harte Vorgehen der türkischen Regierung gegenüber tausenden mutmaßlichen Unterstützern des Putschversuchs vom Juli 2016, unter ihnen derzeit 170 inhaftierte regierungskritische Journalisten und Autoren, kritisierte Baum scharf.

Auch der Preisträger gehöre zu jenen führenden Journalisten, denen gegenwärtig der Prozess gemacht werde – jedoch ohne Gewähr eines rechtsstaatlichen Verfahrens. „Das Schicksal von Ahmet Şık und Can Dündar, um nur einige der Angeklagten zu nennen, ist und bleibt ein Gradmesser für die freiheitliche und rechtsstaatliche Entwicklung der Türkei, die zum Wegweiser für die weiteren Beziehungen der gesamten Europäischen Union zur Türkei geworden ist“, so Baum. Er adressierte daher seinen Appell an beide Seiten: „Mit einer Türkei, die Bürger- und Freiheitsrechte systematisch einschränkt, kann es keine Fortsetzung des Prozesses der Integration in die europäische Wertegemeinschaft geben.“

Der Sprecher des Muslimischen Forums Deutschland, Ahmad Mansour, würdigte in seiner Rede den Preisträger als einen mutigen Mann, der für seine Suche nach der – manchmal eben auch unbequemen – Wahrheit verfolgt und eingesperrt worden ist. Mansour forderte, „ein starkes Signal an die Radikalen aller Couleur“ zu senden. „Wir lassen uns nicht von euch einschüchtern, und wir werden nicht zulassen, dass ihr mit eurer Gewalt unsere Meinungsfreiheit einschränkt!“

Der undotierte Journalistenpreis, initiiert von Badawis Ehefrau Ensaf Haidar und TV-Moderator Constantin Schreiber, soll an den inhaftierten saudischen Blogger Raif Badawi erinnern, der wegen seiner islamkritischen Texte zu 1.000 Peitschenhieben und zehn Jahren Haft verurteilt wurde. Der Preis wird vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels e. V. unterstützt.

Seit 1991 arbeitet die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in der Türkei, zunächst am Standort Ankara, seit 2002 in der Metropole Istanbul.



Der russische Politaktivist Ildar Dadin erhielt den Boris-Nemtsov-Preis für seinen mutigen Einsatz für die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Russland.

„Ildar Dadin ist kein Vorsitzender einer Partei, kein politischer Journalist, kein Wirtschaftsmagnat, sondern ein ganz normaler Bürger.“



Boris-Nemtsov-Preis 2017 Zivilcourage als Appell

Die Wahl sei dieses Jahr besonders schwergefallen, sagte Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Vorstand der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, in ihrem Grußwort. Unter anderem hatte auch der verhaftete Oppositionspolitiker Alexei Nawalny auf der Shortlist der fünf Kandidaten gestanden, über die die Leser der unabhängigen russischen Zeitung „Nowaja Gazeta“ abgestimmt hatten.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger schloss ihr Grußwort mit einem Appell an die deutsche Politik und Gesellschaft: „Es ist wichtig, jene zu stärken, die den Mut haben, in einem Staat, in dem es keine unabhängige Justiz gibt, für Freiheit und individuelle Würde einzutreten.“ Die Zeiten des passiven Zuschauens seien auch in Deutschland vorbei.

In seiner Laudatio würdigte Alexander Graf Lambsdorff, damaliger Vizepräsident des Europäischen Parlaments, die besondere Zivilcourage des Preisträgers: „Ildar Dadin ist kein Vorsitzender einer Partei, kein politischer Journalist, kein Wirtschaftsmagnat, sondern ein ganz normaler Bürger. Aber einer, der echten Mut hat, alleine aus einer schweigenden Masse aufzustehen und sich für seine Bürgerrechte einzusetzen. Und das unter Umständen, die wir uns hier in Deutschland kaum vorstellen können.“ Dadin hatte von seinem Bürgerrecht Gebrauch gemacht, mit Ein-Mann-Mahnwachen auf Missstände hinzuweisen. Dafür wurde er nach Einführung eines neuen Gesetzes im Jahr 2015 zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt.



Dr. Wolf-Dieter Zumpfort

ist seit 1995 Mitglied des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, war von 1979 bis 1983 Mitglied des Bundestages und von 1985 bis 1988 Landesvorsitzender der FDP in Schleswig-Holstein.

„Ich möchte vor allem die enge Verbundenheit der Boris-Nemtsov-Stiftung und der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit betonen.“

Den Preis überreichte Zhanna Nemtsova, die Tochter Boris Nemtsovs und Gründerin der Boris Nemtsov Foundation. Für Ildar Dadin nahm der Menschenrechtsaktivist Sergei Davidis den Preis entgegen, da Dadin keine Ausreisegenehmigung erhalten hatte. Nemtsova schloss mit den Worten: „Ich hoffe sehr, dass wir alle gemeinsam weiterkämpfen für ein demokratisches und freies Russland.“ Mit dem Boris-Nemtsov-Preis werden seit 2016 mutige Menschen in ihrem Einsatz für ein freies, demokratisches Russland von der Boris Nemtsov Foundation for Freedom mit Unterstützung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ausgezeichnet. 2016 ging der Preis an den Journalisten und Politiker Lew Schlossberg.

Die Hoffnung bleibt

Wie schwierig diese Visionen jedoch in Russland zu vermitteln seien, stellte die junge Schriftstellerin Alisa Ganieva in ihrer Freiheitsrede deutlich dar. Die russische Gesellschaft sei taub und stumm geworden. Große Teile der Bevölkerung versuchten, das Unrecht zu relativieren und nährten damit die Zweifler, die durch die Propaganda und Desinformation des Kremls bereits maßgeblich beeinflusst sind. Wer Ganievas Rede lauschte, bekam einen erschreckend düsteren Eindruck von der derzeitigen Lage in Russland; beeindruckend jedoch waren der Aktivismus und die persönliche Hoffnung, die die Schriftstellerin trotz aller Umstände versprühte. Dass Ganieva mit dieser Einstellung nicht allein war, merkte man in den verschiedenen „Open Space“-Arbeitsgruppen am zweiten Konferenztag. Die gut 200 Teilnehmer diskutierten interaktiv Themen wie die neue Weltordnung, die Zukunft der Kommunikation, neue Formen des zivilen Widerstands und des künstlerischen Ausdrucks. Die Konferenz ist Anlaufpunkt für die engagierte russische Exilgesellschaft und europäische Experten gleichermaßen.

1976 bereits wurden Journalisten und Publizisten ausgezeichnet. Der Karl-Hermann-Flach-Preis wurde ins Leben gerufen.



bit.ly/2CqZfw2



Russland
Themenseite

Leitkultur?
Es gilt das Grundgesetz.



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Leitkultur? Es gilt das Grundgesetz

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Vorstand der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

Die Vergiftung der politischen Auseinandersetzung kann schneller passieren, als man denkt. So wurde von der Union wieder einmal die Diskussion angestoßen, von oben herab eine für alle verbindliche „Leitkultur“ zu definieren. In Wirklichkeit ist Kultur mehrstimmig. Offene Gesellschaften erlauben gerade diese Mehrstimmigkeit. Dazu gehört gerade auch, anders sein zu dürfen. Konventionen als Zwangsbeglückung passen nicht zu unserer Verfassung und Lebensweise. Jeder soll selbst entscheiden dürfen, wem er die Hand reicht – oder auch nicht. Das gehört zum Spielraum der individuellen Freiheit.

Der Zusammenhalt der Gesellschaft kann nicht von oben verordnet werden, sondern man braucht Spielregeln, die die Einhaltung universeller Grundsätze garantieren – wie zum Beispiel die der Unverletzlichkeit der Menschenwürde. Der viel beschworene „Verfassungspatriotismus“ ist dafür ein Schlüssel. Das Grundgesetz bietet alles, was wir brauchen, um gegen vergangenheitsüchtige Weltbilder bestehen zu können – wie etwa Minderheitenschutz, Gewaltmonopol und weltanschauliche Neutralität des Staates.

Auch diesseits der grundgesetzlichen Sphäre bieten sich im Katalog der liberalen Mitte einige zentrale Kategorien politischen Denkens und Handelns an, die hilfreich gegen die neue Rechte in Stellung gebracht werden können. Selbstbestimmung ist eine zentrale Kategorie der Aufklärung und des politischen Liberalismus gleichermaßen. Diese Selbstbestimmung setzt verantwortliches Denken und Handeln voraus.

Das Rüstzeug hierfür zu bieten, ist staatliche Aufgabe. Die Lösung heißt: Bildung verstärken, Gesprächsangebote machen, schlichte Weltbilder entlarven, politische Lösungen mit Ernst und Engagement suchen – das ist die Aufgabe aller Demokraten. Nur so haben wir eine Chance, die fatale Teilung der Gesellschaft in „Ihr da oben!“ und „Wir hier unten!“ zu verhindern. Noch ist diese Spaltung mehrheitlich nicht akzeptiert.

Die Anhänger rechtspopulistischer Bewegungen sind nach wie vor eine Minderheit. Aber wer vor zehn Jahren geäußert hätte, eine rechtspopulistische Partei würde in nahezu alle Länderparlamente einziehen (teilweise mit zweistelligen Ergebnissen), der wäre belächelt worden. Sicher hilft das Gespenst der flächendeckenden „rechten Gefahr“ nicht weiter. Und noch plant die AfD nicht den Umsturz – dann wäre sie auch rechtsextrem und nicht rechtspopulistisch.

Nur nützt Untätigkeit denen, die sich aus unserem System verabschiedet haben. Das bedeutet konkret, dass alle Demokraten besonders gefordert sind. Mehrheiten gegen Rechtspopulisten müssen organisiert werden. Dabei sollte über den Tellerrand der parteipolitischen Einzelforderungen geblickt werden. Es kommt auf das Engagement aller demokratischen Kräfte gegen eine zutiefst antidemokratische Kraft an. Wir brauchen die Allianz einer wachen Mitte, wie sie sich in Frankreich zugunsten von Emanuel Macron konstituiert.

In Deutschland ist die Situation noch eine andere: Der Griff der Rechtspopulisten nach der Macht ist bei uns nicht realistisch – aber grundsätzlich möglich. Und er ist für die AfD eine Option.

Dieser Text erschien als Meinungs-Artikel auf unserer Website www.freiheit.org.



„Es kommt auf das Engagement aller demokratischen Kräfte gegen eine zutiefst antidemokratische Kraft an.“

„Wir alle sind und jeder Einzelne ist zur Freiheit verpflichtet.“



Rede zur Freiheit in NRW Prof. Dr. Michael Hüther Zur Freiheit verpflichtet

Er gilt als einer der renommiertesten deutschen Wirtschaftsexperten – für ihn ist Freiheit nur im Kontext der Verantwortung zu verstehen, die mit ihr einhergeht – Professor Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, hat in seiner Heimatstadt Düsseldorf eine Rede zur Freiheit gehalten.

„Wir haben offenkundig Schwierigkeiten mit der Freiheit“, erklärte er zu Anfang seiner Rede. Im industriellen Flair des Alten Kesselhauses auf dem Areal Böhler folgt ein kleiner Rundumschlag in freiheitstheoretischer Philosophie. Im Fokus die Frage: Warum macht uns die Freiheit, dieser Wert, für den wir nie aufhören zu kämpfen, in der Moderne so große Probleme?

Für Hüther steht fest: Die Freiheit lockt anscheinend nicht von selbst. Die Menschen hätten Furcht vor der Verantwortung, die sie mit sich bringe. Wenn wir über Freiheit nachdenken, müssten wir uns mit uns selbst befassen, mit der Freiheitsverpflichtung des Einzelnen. Sie fordere uns auf, dort zu entscheiden, wo es unbequem ist. Und das werde ziemlich schnell ungemütlich.

„Die neuere philosophische Anthropologie lässt uns freiheitstheoretisch nicht von der Angel“, schlussfolgert der Wirtschaftsexperte. So überfordert der Mensch durch sie auch sein mag, es gebe für ihn „kein Pardon für den Verzicht auf die Freiheit“.

Wie können wir aber diese Überforderung bewältigen? Hüthers Antwort: durch Ordnung und Gestaltung des öffentlichen Raums, denn dort fänden wir Entlastung von der Absolutheit der Freiheit. Der Mensch „braucht diese Entlastung, um die Fähigkeit der Freiheit zu entwickeln“. Dabei komme dem Staat, der durch kluge Gesetze das natürliche Empfinden für Gerechtigkeit und Fairness stärken müsse, eine tragende Rolle zu. Daneben Sorge die Marktwirtschaft für Wohlstand und moralische Orientierung.

Wer jedoch erwarte, dass Freiheit glücklich mache und dem Leben einen Sinn gebe, liege falsch, denn daraus entstehe nur Enttäuschung. Hüther betonte, dass Freiheit erst dann als „Fehlen jedweder Hindernisse für das Handeln“ ihren Schrecken verliere, wenn wir nicht mehr versuchen, durch sie Sinn zu finden. Sein Fazit: „Freiheit ist der Verzicht auf die Anstrengung, ohnmächtig zu bleiben.“ Das gelte besonders in Zeiten, in denen sich die demokratische Ordnung unter Druck befinde. „Wir alle sind und jeder Einzelne ist zur Freiheit verpflichtet.“ Dadurch, so Hüther, werden Selbstverantwortung, Vertragseinhaltung und Haftung umso wichtiger.

In seiner Einleitung hatte der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Stiftung für die Freiheit, Professor Karl-Heinz Paqué, nach dem „annus horribilis“ 2016 die Chance betont, dass 2017 das Jahr des Aufstiegs der Freiheit als Leitbild der demokratischen Gesellschaft werde. Gerade die jüngsten Entwicklungen, wie die Wahl in den Niederlanden oder auch pro-europäische Bewegungen, seien dafür ermutigende Anzeichen: „Es gilt, Bekenntnisse abzulegen: für den Rechtsstaat, für eine marktwirtschaftliche Ordnung und für eine offene Gesellschaft“, so Paqué.

In seinem Schlusswort warb Johannes Vogel MdB, Generalsekretär der FDP NRW, für eine positive Sichtweise auf Veränderungen vor allem in der Arbeitswelt: „Ja, der Wandel bleibt anforderungsreich, auch für den Einzelnen: Weiterbildung wird noch mehr als bisher lebenslange Aufgabe. Abschalten und das Trennen zwischen Arbeit und Freizeit nimmt einem keine Stechuhr mehr ab.“ In diesem Zusammenhang kritisierte Vogel die aktuelle Agendadebatte: „Wir wünschen uns einfach die Welt von gestern zurück und befassen uns im Jahre 2017 immer noch mit einer Agenda, die das Jahr 2010 im Namen trägt.“ Deshalb wären dort Anpassungen als zentraler Teil einer Zukunftsagenda nötig, die den Sozialstaat fit für die moderne Arbeitswelt macht.

Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor des IW Köln, hielt seine Rede zur Freiheit im Alten Kesselhaus des Areal Böhler in Düsseldorf.

1969 regionalisierte die Stiftung ihre Bildungsarbeit: Es entstanden Landesbüros und Regionalbüros sowie „Liberale Clubs“. Seit 2001 gibt es ein integriertes „Regionalprogramm“ mit acht Regionalbüros.



bit.ly/2DPrDEn



Rede zur Freiheit
Prof. Michael Hüther
PDF



Thea Dorn

Leidenschaftlich für die Freiheit

Thea Dorn erfüllt in nachgerade idealtypischer Weise ein wesentliches Merkmal, das Jürgen Habermas den öffentlichen Intellektuellen zuschreibt: einen „avantgardistischen Spürsinn für Relevanzen“.

Mit ihrem Vortrag „Leidenschaftlich für die Freiheit! Warum liberale Werte gerade heute aktiv verteidigt werden müssen!“ machte sie den Aufschlag für das anschließende Gespräch mit der Brandenburger FDP-Politikerin Linda Teuteberg MdB, an dem sich im weiteren Verlauf auch die Gäste beteiligen konnten. Kai Kochmann, der Initiator bundesweit ausgerichteter „Liberaler Salons“ der Stiftung, moderierte den Abend in Kleinmachnow anregend und kenntnisreich.

Freiheit können und wollen

Thea Dorn stellte einem weit verbreiteten Verständnis von „Freiheit als irgendetwas zwischen unzumutbarer Last und langweiliger Selbstverständlichkeit“ eine qualitativ-substanzielle Dimension gegenüber: „Mit Freiheit muss man etwas anfangen können und wollen.“

Ein erhebliches Problem der westlichen liberalen Kultur bestehe darin, dass nicht wenige Zeitgenossen die Freiheit als langweilig bzw. eher als lästige Selbstverständlichkeit begriffen. Nicht als etwas, das Leidenschaft und Pathos hervorrufe.

Was also tun, wenn viele Menschen in unserer liberalen Gesellschaft, in der es sich insgesamt erfreulich angenehm leben lässt, vorwiegend mit der Sicherung ihres Status quo beschäftigt sind bzw. der Angst, ihn zu verlieren?

Die im freien Westen recht verbreitete spezifische Form von Ängstlichkeit, Anpasstheit, Duckmäusertum, der Weigerung, Verantwortung zu übernehmen, mache sie fassungslos: „Wo kommen wir denn hin, wenn wir so ängstlich sind und so tun, als würden wir in einer Autokratie leben?“ Freiheit können und wollen setze daher auch Erziehung zu Mut und Zivilcourage voraus.

Maximaler Toleranzbegriff

Ein freiheitsliebender Charakter zeichne sich durch Toleranz, Selbstständigkeit und Selbsterkenntnis aus, das heißt auch durch das Wissen, dass die jeweils eigene Position nicht der Maßstab aller Dinge sei: Er setze sich permanent der Kritik der Welt aus und sei in der Lage, eigene Positionen zu relativieren bzw. zu revidieren und damit auch dem eigenen Freiheitsdrang Grenzen zu setzen.

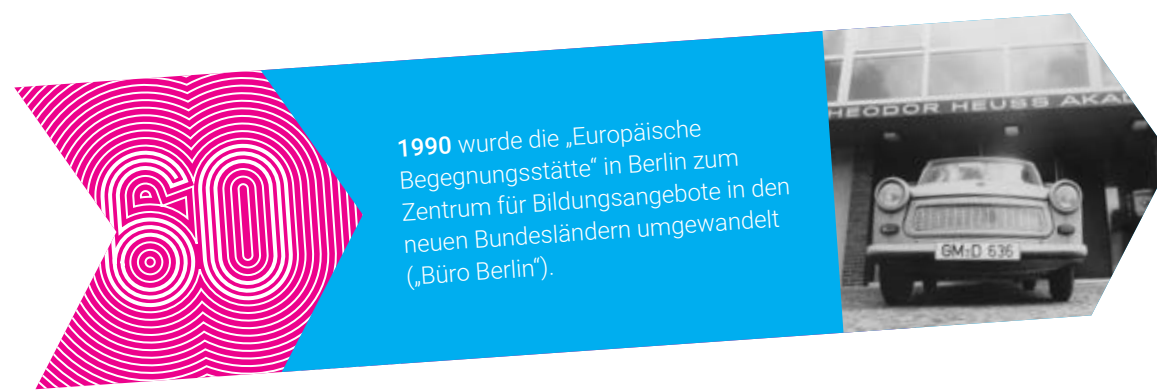
Allerdings habe in den vergangenen Jahren im Kontext meist linker Diskurse und einer ausufernden Political Correctness ein „maximaler Toleranzbegriff“ die gesellschaftlichen Debatten überlagert – mit dem Ergebnis, dass nachgerade jede Kritik an anderen Lebensformen, die potenziell Verletzungsgefühle bei Menschen auslösen könnte, als unstatthaft und unzulässig eingestuft worden sei. Kritik und Dissens zivilisiert zum Ausdruck zu bringen und zivilisiert zu ertragen, so Dorn, gehöre aber zu den Grundelementen einer jeden freiheitlichen demokratischen Kultur.

Keine Charakterbildung ohne Anstrengung

Linda Teuteberg ergänzte im nachfolgenden Gespräch die Befunde Thea Dorns zur Charakterbildung noch um Hinweise zum Thema Bildung: Diese müsse sehr früh ansetzen, da das Erlernen elementarer Kulturtechniken (Lesen, Schreiben, Rechnen) für alle weiteren Bildungsprozesse unabdingbar sei. Ausdrücklich unterstützte sie Dorns vehemente Abneigung gegen „mundgerechte Häppchen“ und ihr Plädoyer für Mühe und Anstrengung im Erlernen und Nachvollziehen von – auch schwierigen – Inhalten und Texten.

Die folgende Diskussion mit den Teilnehmern drehte sich u. a. um den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung, den Unterschied von Toleranz und Gleichgültigkeit sowie die Voraussetzungen und Möglichkeiten der Re-Politisierung einer weithin apolitischen Studentenschaft. Einig war man sich darüber, dass Mut und Zivilcourage entscheidende und unverzichtbare Elemente gelebter liberaler Demokratie sind. Auch dem oft beklagten Mangel an freiheitlichem Pathos könnte auf diesem Feld abgeholfen werden: „Denn nichts ist erhabener, als eigene Ängste zu überwinden.“


„Wo kommen wir denn hin, wenn wir so ängstlich sind und so tun, als würden wir in einer Autokratie leben?“



1990 wurde die „Europäische Begegnungsstätte“ in Berlin zum Zentrum für Bildungsangebote in den neuen Bundesländern umgewandelt („Büro Berlin“).

Linda Teuteberg MdB diskutierte mit Thea Dorn zum Thema Bildung.





Beste Bildung für alle!
Für mehr
Selbstbestimmung und
Chancengleichheit.

Man hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten mit aller Nachhaltigkeit der Pflege des Waldes gewidmet, gesundes Essen propagiert, ganze Milieus haben ihre Eitelkeiten gepflegt. Freiheit und Wohlstand hielt man für verfassungsrechtlich gesichert. Es gibt aber keine Nichtverschlechterungsgarantie. Man fragt sich unwillkürlich, was denn passieren würde, wenn die gegenwärtig doch ganz erfolgreiche deutsche Wirtschaft nicht mehr so automatisch glattlaufen würde.

Es gilt, eine Regierung zustande zu bringen, die wieder ein wirkliches Bewusstsein für die wichtigen soziokulturellen Grundlagen für Freiheit und Wohlstand beherzigt. Und deshalb gilt für die Verhandler einer großen Koalition, was für die Verhandler von Jamaika galt: Soziale Sicherheit ist nicht von einer Verteilungsmaschinerie allein zu sichern.

Es bedarf neben einer vernünftigen Wirtschaftspolitik vor allem (und mehr denn je) einer guten Bildungspolitik. Die skandinavischen Länder zeigen, dass Bildungspolitik ein integraler Bestandteil der Politik zur sozialen Sicherheit ist. Ihre Tradition ist darauf ausgerichtet, sowohl in individuelle Bildung als auch in die Absicherung gegen Risiken eines Lebenslaufs zu investieren. Sie geben ihren Bürgerinnen und Bürgern ein stärkeres Potenzial für die Entfaltung eigener Möglichkeiten. Für sie ist Statuserwerb gleichzeitig ein hohes Niveau garantierter Lebensqualität. Verglichen mit dieser Grundeinstellung hat Deutschland seinen Schwerpunkt eindeutig in der Staatssicherung gesetzt. Das ist eine wenig innovative Wohlfahrtsauffassung und scheint als Zukunftskonzept nicht besonders tragfähig zu sein. Es geht nicht allein um Schulformen. Auch nicht allein um Digitalisierung.

Sie ist aber eben mehr als nur Mittel im Unterricht. Sie wird unser Leben mitbestimmen und man muss lernen, mit ihr umzugehen. Die Qualität des Unterrichts schließt eben auch Lebenstüchtigkeit ein. Und gleichzeitig auch Begegnung mit unserem Wissen. Das eine gegen das andere herablassend auszuspielen, wäre falsch. Die zivilisatorische Mitgift von Elternhäusern ist mitentscheidend. Leistungs- und Lernbereitschaft sind keine Körperverletzung. Sie sind Grundlage eigener Autonomie, eigener Individualität und eigenen Selbstvertrauens.

Es muss Interesse geweckt, es muss Frustrationskontrolle gelernt werden, Durchhaltefähigkeit und Wissen. Wer die soziale Relevanz des Lernens begreift, dem macht es Freude. Wer das nicht vermitteln kann, der sollte den Lehrberuf meiden.

Wer diejenigen Lehrerinnen und Lehrer, die es können, als Eltern nicht unterstützt, macht einen schweren Fehler. Es geht in der Diskussion um Bildungsföderalismus nicht um das verfassungsrechtliche Hausgut der Länder. Es geht schlicht um einfache Zusammenarbeit, dort wo sie gewünscht wird. Wer wie die Ministerpräsidenten Seehofer und Kretschmann das im Grundgesetz niedergelegte Kooperationsverbot erhalten wissen will, der spiegelt eher die Schwäche seiner eigenen Bildungspolitik. Es erscheint doch geradezu absurd, Zusammenarbeit untersagen zu wollen, weil man sie fürchtet.

Dieser Artikel erschien erstmals am 15. Dezember 2017 in der Printausgabe der Welt.

Dr. Wolfgang Gerhardt

Der Staat denkt nur an sich selbst



Dr. Wolfgang Gerhardt
Vorsitzender des Vorstandes
der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

2005 prägte die Kampagne „pro Kopf“ mit zwei Kongressen, internationalen Kolloquien und zusätzlichen Veranstaltungen die Bildungsarbeit in Deutschland.



„Wer die soziale Relevanz des Lernens begreift, dem macht es Freude. Wer das nicht vermitteln kann, der sollte den Lehrberuf meiden.“



Vorstellung des
Rechtsgutachtens
in der Bundespressekonferenz,
v.l.n.r. Assol Urrutia,
Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf
und Annett Witte



Das Gutachten beschäftigt sich mit der Frage, ob der Gesetzgeber privaten Ersatzschulen ein bestimmtes Schulgeldmodell vorschreiben darf.

Neues Rechtsgutachten Private Ersatzschulen bedroht

Das Gutachten, das im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit verfasst wurde, greift die Diskussion zur Schulgelddhöhe an Privatschulen auf. Dabei bezog es sich auf das kurz zuvor veröffentlichte Diskussionspapier des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) ein, das privaten Ersatzschulen eine verfassungswidrige Schulgeldpraxis unterstellte. Das Gutachten beschäftigt sich mit der Frage, ob der Gesetzgeber privaten Ersatzschulen ein bestimmtes Schulgeldmodell vorschreiben darf. Es thematisiert außerdem, ob von der Schulgelddhöhe und der sozialen Zusammensetzung der Schüler auf einen Verstoß gegen das Sonderungsverbot nach Art. 7 Abs. 4 Satz 3 GG geschlossen werden kann.

Rede und Antwort standen auf dem Podium der Bundespressekonferenz die Autorin des Gutachtens, Professor Frauke Brosius-Gersdorf, LL.M., Inhaberin des Lehrstuhls für Öffentliches Recht an der Leibniz Universität Hannover, die Geschäftsführerin der „Pankower Früchtchen gGmbH“, die unter anderem Trägerin einer privaten Schule ist, sowie die Leiterin des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Annett Witte.

Das von der renommierten Verfassungsrechtlerin Professor Frauke Brosius-Gersdorf erstellte Gutachten beantwortet Fragen zum Inhalt des verfassungsrechtlichen Sonderungsverbots und leitet Konsequenzen für Gesetzgeber und Schulbehörden ab. Seit Veröffentlichung wurde es in einer Vielzahl von Presseartikeln zitiert.

Der Wortlaut der Verfassung in Art. 7 Abs. 4 Satz 3 GG legt fest, dass private Ersatzschulen nur genehmigt werden dürfen, wenn dort die „Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird“. Dieses sogenannte Sonderungsverbot fordere von den privaten Ersatzschulen, dass sie die Auswahl ihrer Schülerinnen und Schüler unabhängig von den Einkommens- und Vermögensverhältnissen der Eltern vornehmen und dass das Schulgeld von Eltern aller Einkommens- und Vermögensschichten aufgebracht werden könne, so das Gutachten.

Es widerlegt damit Diskussionsbeiträge zum Thema, nach denen sich aus Artikel 7 GG Vorgaben für die Höhe des durchschnittlichen Schulgelds ableiten ließen oder eine bestimmte soziale Zusammensetzung der Schülerschaft von Ersatzschulen im Hinblick auf die Besitzverhältnisse oder den Berufs- und Bildungsstand der Eltern vorgeschrieben werde. Freie Schulen verstießen demnach keineswegs gegen unsere Verfassung, wenn ihre Schülerschaft von einem wie auch immer bestimmten Durchschnitt öffentlicher Schulen abweiche.

Das Rechtsgutachten enthält überdies Hinweise auf eine verfassungskonforme Berechnung des Schulgeldes und auf den Umfang der von den Ländern für die Ersatzschulen zu leistende Finanzhilfe.

Dazu Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Vorstand der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit: „Zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme gehört auch, dass freie Schulen oft genug nicht die gleiche Anerkennung und finanzielle Unterstützung wie die staatlichen Schulen bekommen. Es kann nicht sein, dass Fehlentwicklungen im staatlichen Schulsystem auf dem Rücken der freien Schulen sowie ihrer Schüler- und Elternschaft behoben werden sollen.“



1977 wurde erstmals ein „wissenschaftlicher Dienst“ eingerichtet.
1995 wurde das Liberale Institut gegründet, das sich als Think-Tank politischen Grundsatzfragen widmet und eine wichtige Rolle für die Fortentwicklung liberaler Ideen spielt.

bit.ly/2DPDz8U



Gutachten zum
Sonderungsverbot
Publikation/PDF



„Feminismus stellt für mich eine Denkübung dar und erlaubt es mir, unbequeme Fragen zu stellen, statt diesen auszuweichen.“

Kristina Kämpfer ist Lambsdorff-Stipendiatin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Stipendien der Freiheit

Erste Sonderstipendien vergeben

Hans-Dietrich Genscher, Otto Graf Lambsdorff und Guido Westerwelle waren liberale Persönlichkeiten, deren politisches Vermächtnis noch heute aktuell ist. Deren Lebenswerke würdigte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit der Vergabe von insgesamt sechs Stipendien.

Lambsdorff-Stipendiatin Kristina Kämpfer über ihr Promotionsvorhaben

In ihrer Dissertation stellt sie sich der Frage, ob die Finanzkrise von 2007 einen Wendepunkt in der Geschichte der Finanzindustrie markiert, indem sie nicht nur die Tür für mehr Regulierung, sondern auch für mehr Frauen öffnete. Wir fragten Kristina Kämpfer, was es mit diesem Thema auf sich hat und was sie persönlich mit dem Namensgeber ihres Stipendiums verbindet.

Wie kam es dazu, dass Sie sich dieses Thema ausgesucht haben und was versprechen Sie sich von Ihrem Forschungsergebnis?

Zu meinem Thema bin ich durch eine Reihe von Zufällen gekommen, die erst rückblickend eine rote Linie darstellen. In meinem Grundstudium habe ich hauptsächlich politische Theorie studiert, woraus der Wunsch entstand, das Gelernte in der Praxis anzuwenden, um so Grenzen sowie potenzielle Anknüpfungspunkte für Erweiterungen auszuloten.

Zu dieser Zeit lebte ich außerdem in Frankfurt, so dass ich immer wieder mit dem Bankensektor im Alltag konfrontiert wurde. Als mir dann das Buch „Capital Culture“ der damals in Oxford ansässigen Geographieprofessorin Linda McDowell in die Hände fiel und ich nach vergleichbaren Studien für Deutschland suchte, bemerkte ich, dass es da eine Forschungslücke gibt.

Außerdem war ich als liberal denkender Mensch schon immer daran interessiert, feministische Antworten außerhalb des linken Mainstreams zu suchen, der zumindest im deutschsprachigen Raum die Geschlechterforschung dominiert. Nicht zuletzt stellt der Finanzsektor ein spannendes Studienfeld dar, da Frauen erst in der Zeit nach 1968 den beruflichen Zugang gewannen und somit momentan die „erste“ Generation in den Führungsetagen ankommt – oder anzukommen versucht (Stichwort Glass Ceiling). Von meiner Forschung verspreche ich mir sehr viel, denn das Thema Geschlechtergerechtigkeit stellt meiner Meinung nach eine der, wenn nicht die zentrale gesellschaftliche Herausforderung des 21. Jahrhunderts dar. Der politische Druck auf Unternehmen wächst, wie die Einführung der Frauenquote für Aufsichtsräte und Führungspositionen zeigt.

Es ist also an der Zeit, eine Antwort auf die Frage zu finden, warum wir heutzutage noch immer so wenige Frauen in Positionen von Verantwortung haben, wenngleich sie durch die Bildungsexpansion mindestens genauso gut, wenn nicht sogar besser ausgebildet sind als ihre männlichen Kollegen und formal in den meisten Bereichen gleichgestellt sind.

Verkompliziert wird das Bild dadurch, dass in den letzten Jahren Entwicklungen zu beobachten sind, welche in der Geschlechterforschung unter dem Begriff Post-feminismus gefasst werden. Insbesondere junge Frauen, deren selbstbestimmtes Leben auf den Errungenschaften der Frauenbewegung fußt, reduzieren den Feminismus auf eine veraltete Version, die für sie keinerlei Relevanz mehr hat und lehnen ihn in Teilen sogar aktiv und vehement ab.

Statt jedoch auf einfache Erklärungsmuster, Stereotypen und Geschlechterrollen zurückzugreifen, möchte ich die Strukturen studieren, innerhalb derer sich Individuen bewegen, und verstehen, warum Frauen in der Entfaltung ihrer individuellen Freiheit noch immer eingeschränkt werden, und damit einen Beitrag dazu leisten, dass unsere Gesellschaft gerechter wird.

30 Jahre VSA

Im Sommer 1987 wurde der VSA gegründet, der Verband der Stipendiaten und Altstipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Damals war noch nicht abzusehen, dass diese Eigeninitiative einiger Altstipendiaten eine Erfolgsgeschichte werden sollte. Doch inzwischen hat der VSA 2.500 Mitglieder im In- und Ausland, er ist offiziell anerkannter Alumniverband der Stiftung und bildet ein wertvolles Netzwerk innerhalb der liberalen Familie. Liane Knüppel betonte zum 30-jährigen Jubiläum, dass es das Ziel sei, möglichst viele Stipendiaten langfristig im Netzwerk zu halten. „Wir alle haben ein bestimmtes Lebensgefühl, nämlich ein liberales Lebensgefühl“, sagte Knüppel und verwies auf die praktische Unterstützung durch den Verband: „Wir helfen den Stipendiaten beispielsweise durch unser Mentoring-Programm. Zudem vermitteln wir Praktika und auch Jobs. Auch VSA-Reisen, die Politik, Kultur und Freizeit miteinander verbinden, gewinnen zunehmend an Attraktivität.“

„Ich freue mich sehr für Kristina, dass sie das Lambsdorff-Stipendium bekommen hat. Kristina ist auch VSA-Mitglied.“

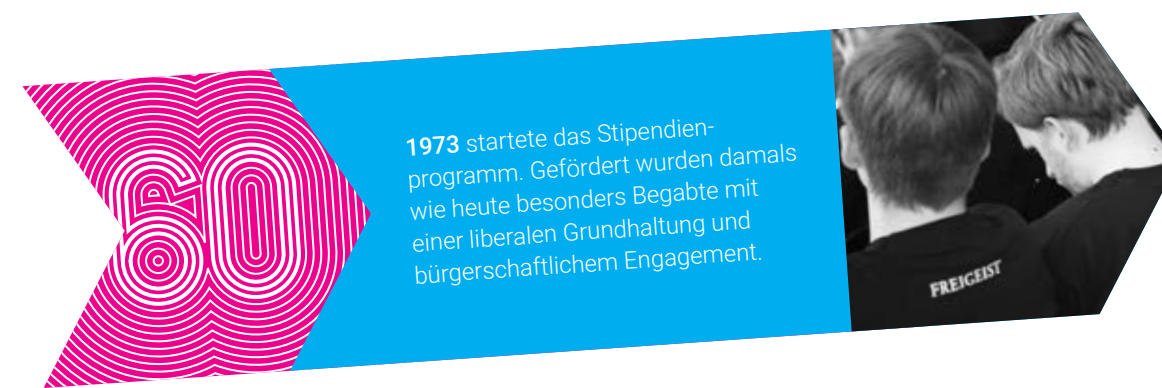


Liane Knüppel
stellvertretende
Vorsitzende des
Kuratoriums,
seit 8 Jahren Präsidentin
des Verbandes der
Stipendiaten und
Altstipendiaten (VSA)

bit.ly/2Ack20g



Stipendien
Themenseite





Thomas Sattelberger MdB
Vorsitzender der Initiative MINT –
Zukunft schaffen und des Vereins
ZukunftsAllianz – Arbeit & Gesellschaft

Thomas Sattelberger Das MINT-Marketing muss kreativer werden

Thomas Sattelberger MdB, Vorstand der Initiative MINT – Zukunft schaffen, erläuterte im Interview Maßnahmen zur Förderung der MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik).

Wie kann man die Bewerberzahl steigern?

Durch den ungebrochenen Erfolg der deutschen Wirtschaft ist der Fachkräftebedarf sowohl im akademischen Bereich wie im beruflich Qualifizierten – also auf beiden Beinen – bedeutend gewachsen, wobei im akademischen Bereich die Zahl der Studienanfänger und -absolventen auch entsprechend gestiegen ist. Gleichzeitig haben wir es in den letzten fünf, sechs Jahren geschafft, fast 120.000 akademische Expertinnen und Experten aus Ländern wie Indien, China, Russland, Spanien und Frankreich für Deutschland zu gewinnen. Nichtsdestotrotz ist eine signifikante Lücke da, die sich ungefähr aus einem Drittel akademischer Spezialisten (ca. 100.000) und zwei Dritteln beruflich Qualifizierter (ca. 200.000) zusammensetzt.

Wie kann man diese Lücke schließen?

Gerade die Debatte, die wir als Liberale vorantreiben, Stichwort Exzellenzinitiative Berufliche Bildung, ist hier ein Schlüsselbeitrag. Wenn die Karriereaussichten für Akademiker besser sind, wird man sich auch in Zukunft im Zweifel eher für das Studium als für die Berufsausbildung entscheiden. Wenn es aber gelänge, die berufliche Bildung tatsächlich – nicht nur von der Rhetorik her, sondern auch faktisch – gleichwertig zu machen, sprich, dass es Exzellenzinitiativen für Berufsbildungszentren gibt, dass es Stipendien für die Top-Absolventen beruflicher Aus- und Fortbildung gibt, dass es Bildungswege gibt, die akademische und berufspraktische Bausteine sinnvoll miteinander verknüpfen, wenn es eine passende Andockung an die Laufbahn des öffentlichen Dienstes und die Aufstiegswege der privaten Wirtschaft gäbe, dann könnte man noch viel besser junge Menschen für die berufliche MINT-Ausbildung gewinnen.

Welche Anreize kann man noch setzen, um junge Menschen für eine Ausbildung oder ein Studium im MINT-Bereich zu begeistern?

Finanziell steht heute ein MINT-Meister und MINT-Techniker meist besser als ein promovierter Geistes- oder Sozialwissenschaftler da. Neben dem Verdienst spielt aber auch das Thema der Bildungs- und Karriereperspektive eine große Rolle. Wenn diese aber beim Techniker, Vorarbeiter oder Meister aufhört, dann ist das ein Stück weit ein Problem. Deswegen ist die Weiterentwicklung der Aufstiegsfortbildung ein Schlüsselpunkt.



„Wenn es gelänge, die berufliche Bildung gleichwertig zu machen, dann könnte man noch viel besser junge Menschen für die berufliche MINT-Ausbildung gewinnen.“

Wie könnte das denn konkret aussehen?

Auf dem Gebiet der Expertenausbildung muss man noch viel kreativer werden. Und die Verzahnung von beruflicher und akademischer Ausbildung stärken. Da gibt es bereits hochinteressante Modelle. Wie das duale Studium oder beim Handwerk gar das triale Studium, also Geselle, Meister plus Bachelor-Studium. Jetzt gilt es, aus diesen Leuchttürmen tatsächliche, ganzheitliche Fortbildungsstrukturen zu schaffen, die nachhaltig wirken.

Rein rational ist die Sache klar: Eine Ausbildung oder ein Studium im MINT-Bereich haben tolle Berufsaussichten und der Verdienst ist gut. Warum aber überzeugt das junge Frauen nicht genug?

Die Körber-Stiftung und acatech (Deutsche Akademie der Technikwissenschaften) haben beim Nachwuchsbarometer herausgefunden, dass bei jungen Frauen teils ganz falsche Vorstellungen bestehen, was die Arbeit im MINT-Bereich betrifft. Da hieß es zum Beispiel, dass die Arbeiten besonders unfallgefährdet und gesundheitsgefährlich seien.

Gerade was die jungen Frauen betrifft, stecken viel zu viele archaische Bilder und Stereotypen über MINT in den Köpfen, die vielleicht mal vor fünfzig Jahren galten, aber heute total obsolet sind.

Was muss sich noch ändern?

Der zweite wichtige Aspekt ist, dass das Marketing für MINT-Berufe häufig zu nüchtern und technisch ist. Wenn deutlicher würde, dass MINT auch zur Lösung sozialer Problemstellungen im Gesundheitsbereich, der Armut, des Ressourcenverbrauchs und des Hungers Beiträge liefert und Unternehmen daran arbeiten, dann entstünde eine ganz andere Anmutung, die hinter einer MINT-Ausbildung oder einem -Studium steht. Nur die Verpackung, nicht aber auch den Inhalt zu ändern, ist Narretei. Das Thema der Sinnhaftigkeit für junge Frauen bei der Berufswahl müssen wir unbedingt berücksichtigen.

Das ungekürzte Interview finden Sie unter www.freiheit.org/mint-marketing-muss-kreativer-werden.

bit.ly/2ELiGAd



Interview mit
Thomas Sattelberger

„Es ist höchste Zeit,
die Bürger zu entlasten.“

Bundes





Dr. Hermann Otto Solms, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Prof. Dr. Christoph Schmidt und Prof. Dr. Roland Döhrn (v.l.n.r.) stellten das Gutachten zur Steuer- und Abgabenlast in der Bundespressekonferenz vor.

„Es ist höchste Zeit, die Bürger zu entlasten, etwa durch die Reduzierung des Solidaritätszuschlags, den Abbau der kalten Progression oder die Absenkung der Stromsteuer.“

Gutachten Belastungshöhe auf Rekordniveau

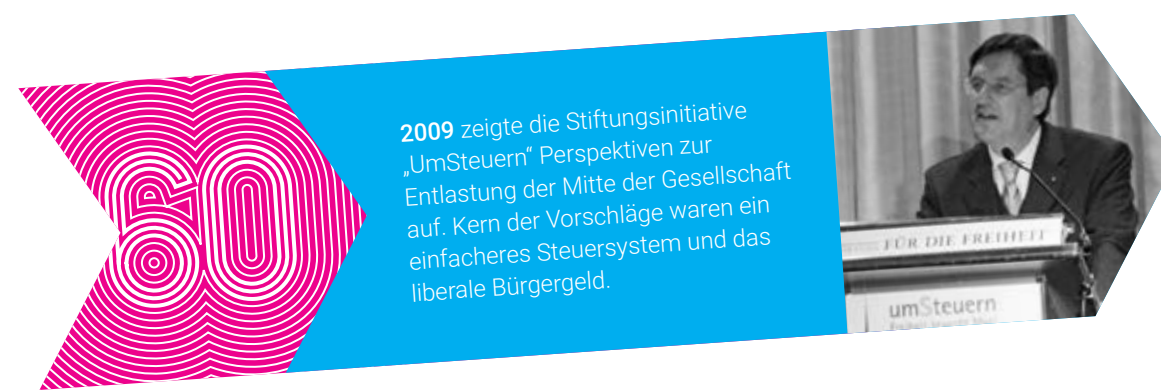
Die finanziellen Belastungen der Bürger durch den Staat liegen um 52,6 Milliarden Euro höher als bisher angenommen. Zudem liegt die Belastung durch Steuern und Abgaben schon bei durchschnittlichen Einkommen über der 45-Prozent-Marke. Das ist das Ergebnis einer Studie, die das RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit durchgeführt hat. Sie berücksichtigt im Gegensatz zu den herkömmlichen Berechnungen auch Umlagen, Gebühren und andere finanzielle Beiträge. Ein Beispiel ist die EEG-Umlage, die faktisch wie eine Stromsteuer wirkt.

Das wirkt sich auf die verfügbaren Einkommen aus. Unter den Belastungen leiden am meisten die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen. Bei Arbeitnehmern übersteigt bereits ab einem Haushaltsbruttoeinkommen von 30.000 Euro die Gesamtbelastung 45 Prozent der Einkünfte.

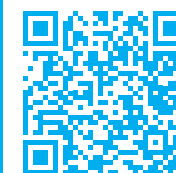
Bei Arbeitnehmerhaushalten mit einem Einkommen von 40.000 bis 80.000 Euro werden mit rund 48 Prozent Höchstwerte erreicht. Auch der Blick in die Einkommensklassen darunter ist besorgniserregend: Schon in den untersten Einkommensklassen (unter 10.000 Euro) schlagen Sozialversicherungsbeiträge und indirekte Steuern mit fast 35 Prozent zu Buche.

Die Studie wurde in der Bundespressekonferenz von Professor Christoph Schmidt, Präsident des RWI und Vorsitzender des Sachverständigenrates, Professor Roland Döhrn, RWI-Projektleiter, Professor Karl-Heinz Paqué, stellvertretender Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, sowie Dr. Hermann Otto Solms, Kuratoriumsmitglied der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Vorsitzender der Deutschen Stiftung Eigentum, vorgestellt.

Paqué erklärte, von Wachstums- und Wohlstandsgewinnen profitiere immer mehr der Staat: „Das von uns in Auftrag gegebene Gutachten zeigt: Die Mitte zahlt. Das empfinden die Bürger nicht nur als unfair. Ihnen fehlt auch die Freiheit, sich ihre Träume zu erfüllen, zu sparen und Vermögen aufzubauen oder auch selbst zu investieren.“ Paqué weiter: „Es ist höchste Zeit, die Bürger zu entlasten, etwa durch die Reduzierung des Solidaritätszuschlags, den Abbau der kalten Progression oder die Absenkung der Stromsteuer.“



bit.ly/2Cwm3uv



Steuer- und Abgabenlast in Deutschland
Publikation/PDF

Bei vielen staatlichen Bauvorhaben in Deutschland stellt sich die Frage: Zukunftsinvestition oder Steuerverschwendung? Der Bund der Steuerzahler (BdSt) kann jedes Jahr eine ganze Liste von Negativbeispielen aufzählen, die nach seinem Ermessen zu letzterem gehören.

Eines dieser Projekte ist ein Hafen in Brandenburg, die „Marina Teltow“. Bei dem öffentlichen Projekt sei die Kalkulation bereits vor Baubeginn aus dem Ruder gelaufen. Wieso das nicht nur hier passiert sei, erklärt der BdSt in seinem „Schwarzbuch“. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit organisierte gemeinsam mit dem Bund der Steuerzahler einen Austausch mit Lokalpolitikern. Mit dem Schiff ging es auf dem Teltowkanal in Richtung Baustelle des Sportboothafens „Marina Teltow“.

Jürgen Stich, ortskundiger Redakteur der Märkischen Allgemeinen Zeitung, moderierte dabei nicht nur die Debatte, sondern führte auch in den Ort sowie die gewerbliche, infrastrukturelle und touristische Bedeutung der Gegend rund um den Teltowkanal ein. Doch schon hierbei tauchten erste Meinungsverschiedenheiten auf.

Denn sowohl Bürgermeisterkandidat Dr. Andreas Wolf als auch Ludwig Zimmermann vom Bund der Steuerzahler teilten nicht die positive Einschätzung über aktuelle Attraktivität und Zukunftserwartungen. „Der private Bootsverkehr auf dem Teltowkanal ist sehr schwach und wird auch künftig keine touristische Bedeutung haben“, so Zimmermann.

Verdreifachung der Kosten

Offiziell seien nach aktuellem Stand circa 15 Millionen Euro im Vergleich zu ursprünglich fünf bis sechs Millionen Euro veranschlagt. Diese Kostenentwicklung über den aktuellen Stand hinaus bestritten die anderen Diskutanten jedoch vehement. „Ich bin entsetzt, welche Behauptungen kursieren“, wehrte sich Thomas Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow (SPD). Auch bei der immer wieder aufgeworfenen Schuldfrage und Schrei nach Verantwortungsübernahme würde einfach ein falsches Bild für die Öffentlichkeit gezeichnet: „In der Politik ist es eigentlich nie eine Entscheidung einer Person, sondern von Mehrheiten.“ Kompromisse und Abwägungen führten zu einer politischen Maßnahme.

Fehler bei der Planung

Alle, bis auf den Bürgermeister, sind sich einig: Die Bauvorbereitungen waren mangelhaft. So gab es Fehlkalkulationen aufgrund mangelhafter Untersuchungen, da kontaminierter Boden und Grundwasser nicht ausreichend berücksichtigt wurden. „Aus meiner Sicht hätte man vorher besser prüfen müssen“, ist Eric Gallasch, Bürgermeisterkandidat (CDU), kritisch mit seiner Partei. Schmidt hingegen meint: „Ganz klar: Es war nicht vorhersehbar.“

Unterschätzte Folgekosten, unklare Einnahmen

Die Stadt würde mit den derzeitigen Planungen finanziell an den Folgekosten ertrinken, meinte Heiner Haass, Professor für Städtebau und Tourismusarchitektur. Und auch Zimmermann wies darauf hin, dass nachträgliche Aufwendungen oft unterschätzt würden.

Hohe Kosten – kaum Nutzen? Nein, nicht alle sehen solche öffentlichen Projekte als Millionengräber an, auch wenn – wie in diesem Fall – die direkten finanziellen Einnahmen durch die 39 Bootsliegeplätze nur gering ausfallen würden, bestätigten alle Teilnehmer.

Eine Amortisation sei utopisch, machte sogar Bürgermeister Schmidt klar. Doch das sei bei solch einem Projekt auch nicht geplant. Es gehe um einen langfristigen Mehrwert für die Region: „Man muss auch Risiken eingehen in der Politik.“

Steuerverschwendung auch in Hamburg deutlich gemacht

Nicht nur der immer teurer werdende Elbtunnel, auch die Elbphilharmonie und andere Bauprojekte der Stadt werfen Fragen auf. Um diese Fragen zu beantworten, ist der „Schwarzbus“ durch die Hansestadt gefahren. Organisiert vom Bund der Steuerzahler und der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zeigte Lorenz H. Palte, Vorstandsvorsitzender des Bunds der Steuerzahler, als „Reiseleiter“ die Stationen der großen Steuersünden auf. Im Interview mit RTL Nord betonte er jedoch auch die Dialogbereitschaft: „Es ist nicht nur so, dass wir uns der Opposition anheften, weil es ‚en vogue‘ ist, immer draufzuhauen. Nein, wir führen auch ganz viele Hintergrundgespräche und haben ein quartalweises Format, wo dann auch Hamburger Senatoren sind.“

Touren mit dem Bund der Steuerzahler Schwarzboot-Törn und Schwarzbus-Tour



Schwarzboot-Törn der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit dem Bund der Steuerzahler zur Marina Teltow

Zukunftsinvestition oder Steuerverschwendung?
Der Bund der Steuerzahler (BdSt) kann jedes Jahr eine ganze Liste von Negativbeispielen aufzählen, die nach seinem Ermessen zu letzterem gehören.



Innovationsoffensive 2017

Innovation setzt Freiheit voraus

Am 19. April 2017 startete die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit gemeinsam mit dem Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) e. V. und der AiF Forschung • Technik • Kommunikation GmbH (AiF F•T•K) ihre diesjährige Innovationsoffensive „Mittelstand und Gründer“ im Airport-Forum in Paderborn.

Die Innovationsoffensive ist eine bundesweite Veranstaltungsreihe, die mittelständische Unternehmen bei der individuellen Entfaltung ihres Innovationspotenzials unterstützt und über politische Rahmenbedingungen und Chancen informiert.

Eine Region voller Hidden Champions

Jan-Frederik Kremer, Leiter des NRW-Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, zeigte sich begeistert über die hohe Teilnehmerzahl: „Es ist schon sehr erstaunlich, wie viele Hidden Champions und Mittelständler hier in Ostwestfalen-Lippe ihren Sitz haben und welches Potenzial in der Region steckt.“ Dr. Marc Cezanne, Geschäftsführer des Airports Paderborn/Lippstadt, erklärte es zum wichtigen Ziel, die Wirtschaftskraft mittelständischer Hidden Champions ans Tageslicht zu bringen: „Genauso wie die Region Ostwestfalen-Lippe ist auch der Mittelstand in Deutschland unterschätzt. Oft habe ich den Eindruck, dass ein Unternehmen, um wahrgenommen zu werden, möglichst groß und leidend sein muss.“

Weniger Norm, mehr Innovation

Johannes Vogel MdB forderte in seinem Impulsvortrag eine Wirtschaftspolitik, die die Innovationskraft des Mittelstandes stärkt. „Innovation setzt Freiheit voraus. Dazu müssen wir die Rahmenbedingungen für das 21. Jahrhundert schaffen“, begann Vogel. Hierfür forderte Vogel einen effizienten und digitalisierten Staatsapparat nach estnischem Vorbild, wo der digitale Staat Alltag ist. „Wenn wir wollen, dass der Mittelstand als Fundament unseres Wohlstands vorne bleibt, müssen wir auch bei der digitalen Infrastruktur ganz vorne mitspielen.“ Wertvolle Zeit, die sie für innovative Tätigkeiten nutzen könnten, müssen Unternehmer und Gründer hierzulande in die ausufernde Bürokratie stecken.

Weiterhin forderte Vogel einen flexibleren Arbeitsmarkt, auf dem sich der Arbeitsalltag individuell gestalten lasse: „Innovationen entstehen nicht in genormten Lebensläufen, genormten Beschäftigungsverhältnissen und genormten Arbeitsplätzen.“ Unser Arbeitszeitgesetz schreibe immer noch vor, höchstens zehn Stunden pro Tag zu arbeiten und elf Stunden Pause zwischen den Arbeitstagen zu haben. Dieses Gesetz passe für viele Berufe nicht mehr in die heutige, mobile Lebensrealität, in der sich ein Familienvater seine Arbeitszeit möglicherweise nach den Öffnungszeiten seiner Kita einrichten und am Abend nochmal in seine E-Mails schauen möchte. Vogel schlug vor, eine fixe Wochenarbeitszeit einzurichten, bei der an den einzelnen Tagen zeitliche Freiheit herrsche, so dass jeder Einzelne seine Zeit verantworten könne.



„Wenn wir wollen, dass der Mittelstand als Fundament unseres Wohlstands vorne bleibt, müssen wir auch bei der digitalen Infrastruktur ganz vorne mitspielen.“



Dr.-Ing. Thomas Kathöfer
Hauptgeschäftsführer der
AiF Arbeitsgemeinschaft
industrieller Forschungs-
vereinigungen e. V.

„Tolle Vorträge, interaktive Workshops und inspirierende Begegnungen – dies und vieles mehr erwartet Sie bei der Innovationsoffensive Mittelstand und Gründer.“

Innovation durch Kooperation

Robert Heggemann, Vorstandsvorsitzender des Flugzeugbauers HEGGEMANN AG aus Paderborn, kritisierte, dass die Politik immer wieder ein Loblied auf den Mittelstand singe, Taten aber häufig eher der Großindustrie zugutekommen und verhältnismäßig wenig dem Mittelstand.

Weiterhin seien Förderprogramme für Innovationen oft sehr bürokratisch: „Ich habe erlebt, dass eher Projekte gefördert werden, die einer Förderrichtlinie entsprechen, als Projekte, hinter denen wirklich eine nachhaltige Idee steckt. Oftmals werden gute Ideen abgelehnt, weil sie als nicht innovativ genug eingeschätzt werden, obwohl sie Arbeitsplätze sichern würden.“

Wenn ein Mittelständler eine Lösung für ein Problem sucht, muss er sich also verbiegen, um ein Förderinstrument zu finden, das auf sein eigenes Projekt passt.“

„Innovationswillige mittelständische Unternehmen haben oftmals keine ausreichenden eigenen Forschungs- und Entwicklungsressourcen, um regelmäßig neue wettbewerbsfähige Produkte, Verfahren und Dienstleistungen zu entwickeln. Um ihre Innovationsziele dennoch zu erreichen, sind sie auf die Zusammenarbeit mit Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft angewiesen – die sie allerdings mitunter erst kennen lernen müssen.“ Genau das sei das Ziel der Innovationsoffensive, so Michael Krause, Geschäftsführer der AiF F•T•K GmbH.

bit.ly/2CJSnXG



Innovationsoffensive
Themenseite

Innovationskongress

Das Pferd frisst keinen Gurkensalat

„Neugründungen sind der Schlüssel für unsere moderne Gesellschaft. Wir müssen den Gründergeist wieder wecken.“

Als der Tüftler Philipp Reis vor 150 Jahren das erste Telefonat führte, ahnte er noch nicht, welche bahnbrechende Erfindung ihm da gelungen war. Volker Wissing, stellvertretender Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, erinnerte in seinem Impulsvortrag auf dem Innovationskongress der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit dem ersten per Telefon übermittelten Satz „Das Pferd frisst keinen Gurkensalat“ daran, dass Durchbrüche meistens passieren, während für ein anderes Problem eine Lösung gefunden werden soll. Wissing erinnerte in einem weiteren Beispiel daran, dass es Neuschöpfungen zu Beginn meist schwer haben. So wurde auch das Auto anfangs als „zu schnell, zu laut, zu gefährlich“ kritisch beäugt. Dennoch: Der mobile Fahruntersatz eroberte die Welt. „Kreativität ist die menschliche Eigenschaft, die wir nicht hoch genug einschätzen können“, ermutigte Wissing die zahlreichen Gäste im Microsoft Forum in Berlin. „Eine Fähigkeit, die viele Menschen in Deutschland haben und die unabdingbar für unsere zukünftige Wettbewerbsfähigkeit ist.“ Als rohstoffarmes Hochlohnland sei Deutschland in besonderer Weise auf Innovationen angewiesen. Es sei wichtig, Politik so zu gestalten, dass Erfindungsreichtum möglich gemacht werde. Auch Dr. Wolf-Dieter Zumpfort, Vorstandsmitglied der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, plädierte dafür, den technikfeindlichen und innovationsmüden Tendenzen in der Gesellschaft mit Optimismus zu begegnen.

Deutschland top in Innovations-Rankings

Gründe, zuversichtlich an die Herausforderungen der Zukunft heranzugehen, lieferten auch verschiedene Innovationsrankings. So habe es Deutschland im Ranking Global Innovation Index 2016 zum ersten Mal in die Top Ten geschafft. Weltweit reiche es für das Land der Dichter, Denker, Currywurst-, Airbag- und Glühbirnen-Erfinder für einen zehnten Platz. Zudem bewiesen deutsche Unternehmen auch im Patent-Ranking 2016 erneut ihre Innovationsstärke: Laut Jahresbericht des Europäischen Patentamts (EPA) beantragten sie im vergangenen Jahr insgesamt 25.086 Patente und sicherten sich damit im europäischen Vergleich die Spitzenposition.

Gründergeist wecken

Allerdings mahnte Wissing auch, Klagen über den Mangel an geeignetem Fachpersonal, zu hohem unternehmerischen Risiko und einen rückläufigen Gründertrend ernst zu nehmen. „Neugründungen sind der Schlüssel für unsere moderne Gesellschaft. Wir müssen den Gründergeist wieder wecken.“

Mit MINT gegen den Fachkräftemangel

Dass eine gute MINT-Bildung (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) unverzichtbare Voraussetzung ist, um dem Fachkräftemangel von morgen zu begegnen, stellte Oliver Zander, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall heraus. „Wir merken das auch bei uns. Die Zahl der Bewerber ist gering, wir haben immer mehr Probleme, Nachwuchs zu bekommen. Wir haben circa 90.000 Akademiker, die uns im MINT-Bereich fehlen. Die Förderung muss schon im Kindergarten anfangen, ein Projekt, das wir gemeinsam mit der Politik angehen müssen.“ Er appellierte an die zahlreichen Teilnehmer des Kongresses, junge Leute auf die Karriere-Chancen im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich hinzuweisen. Als „Herkulesaufgabe“ bezeichnete der Gesamtmetall-Chef es auch, junge Frauen für MINT-Berufsfelder zu begeistern.

Die Wichtigkeit frühkindlicher Bildung sei außerdem ein Schlüssel, um dem Fachkräftemangel von morgen zu begegnen. „Die entscheidenden Bildungsjahre im Leben eines Menschen sind im Alter von drei bis sechs Jahren. Mit Apps lernen Dreijährige bereits spielerisch programmieren“, erklärte Volker Wissing.

Innovationsstrategie für Deutschland

Einig waren sich die Experten darüber, dass Deutschland eine in sich geschlossene, parteiübergreifende Innovationsstrategie brauche, die der Wissenschaft und der Wirtschaft gleichermaßen Impulse für Investitionen in Ausbildung, Forschung und Entwicklung gibt. „Das wird zurecht von der Start-up-Community eingefordert“, fand Sebastian Czaja, Fraktionsvorsitzender der FDP im Berliner Abgeordnetenhaus.

Auf dem Innovationskongress der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit diskutierten Experten und Wissenschaftler über den Innovationsmotor Deutschland.



Konferenz in Hamburg zum G20-Gipfel

Die Hoffnung in den Freihandel nicht verlieren

Die Vorbereitungen zum G20-Gipfel liefen bereits auf Hochtouren, als die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zur Diskussion mit internationalen Gästen in die Kühne Logistics University nach Hamburg einlud. Knapp 200 geladene Gäste hatten den Weg in die KLU Hamburg gefunden. Ein Veranstaltungsort, der thematisch nicht besser hätte sein können, so der Präsident der Kühne Logistics University Professor Thomas Strothotte in seiner Begrüßung. In einer Universität, in der es hauptsächlich um die Thematiken Handel und Logistik geht, passe eine Diskussion über die Chancen durch freien Handel und Globalisierung hervorragend.

Auch Professor Karl-Heinz Paqué, stellvertretender Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, betonte die thematische Nähe zum Veranstaltungsort und der Stadt Hamburg in seinem Grußwort.

In den Paneldiskussionen sprachen Publikum und Experten gemeinsam über die drängendsten Fragen einer globalen Welthandelsordnung und Möglichkeiten und Potenziale von Digitalisierung. Das Austrittsgesuch Großbritanniens aus der EU, der neue Kurs der US-Regierung sowie die zunehmende Digitalisierung haben eine Zeitenwende in der liberalen Welthandelsordnung eingeleitet: Während auf der einen Seite die Welt immer stärker vernetzt ist, fühlen sich viele Menschen durch die rasante Entwicklung der Globalisierung verunsichert.

Populisten versuchen, diese Ängste politisch auszunutzen, indem sie eine Rückkehr zu Abschottung und Nationalismus vertreten. Wie lässt sich diesem Isolationstrend entgegenwirken? Wie muss die Globalisierung gestaltet werden, um ihre Potenziale besser zu nutzen und ihre Herausforderungen in mehr Chancen für die Menschen umzuwandeln?

Einig waren sich die Panelisten beider Diskussionsrunden in der Frage, wie die Vorteile und Potenziale der Globalisierung besser ausgeschöpft werden könnten. Alexander Graf Lambsdorff MdB betonte dies treffend in der ersten Runde. Man müsse mehr zum positiven Framing von Globalisierung und Handel beitragen. Angstmacherei vor Chlorhühnchen und Hormonfleisch wirke sich um das 10-fache stärker auf die Meinungsbildung in den Köpfen der Menschen aus als die rationalen Vorteile eines freien Handels mit den Ländern dieser Erde. Lambsdorff zitierte hier den ehemaligen amerikanischen Botschafter bei der Europäischen Union, Anthony Gardner – „When emotion meets reason, emotion wins – hands down“. Emotionen gewinnen immer, wenn diese auf klare empirische Zahlen und Fakten treffen. Das zweite Panel begann mit einer Keynote von James Shikwati, Direktor des Inter Region Economic Network (IREN) in Kenia, und einer Diskussion, bei der Clark Parsons, Geschäftsführer der Internet Economy Foundation, die vier Schwerpunkte einer erfolgreichen Digitalisierung nannte: Breitband, Finanzen, Plattform, Bildung.

„Chlorhühnchen wirken sich um das 10-fache stärker auf die Meinungsbildung aus als die rationalen Vorteile eines freien Handels.“



Plakataktion „Pro Freihandel“ zum G20-Gipfel in Hamburg

Ohne diese Schlüsselvoraussetzungen könne eine Digitalisierungsstrategie, unter anderem in der Wirtschaft, nicht gelingen. Unter den Top 20 der digitalen Firmen weltweit sei Europa nicht vertreten.

Auch im Bereich Finanzierung müsse nachgebessert werden, so Parsons. Jeder bekomme in Deutschland Geld für sein Start-up. Aber wenn es wirklich darum ginge, dass die Unternehmensidee heranreife und wachsen soll, müsse man leider nach London oder in die USA gehen, um die nötige Venture-Capital-Förderung (VC) zu erhalten. Parsons schlug einen europäischen Venture-Capital-Fonds vor, der die nötige Finanzkraft und Risikobereitschaft tragen kann, um europäische Ideen in wirksamer Höhe zu fördern.

Alle Experten betonten die Notwendigkeit von freiem Handel und die Vorteile von Globalisierung und gemeinsamen Diskussionsforen wie dem G20-Gipfel Anfang Juli in Hamburg. Lord Green rief deshalb dazu auf: „We must not lose faith“ – das Vertrauen in Freihandel und Globalisierung dürfe man nicht verlieren.

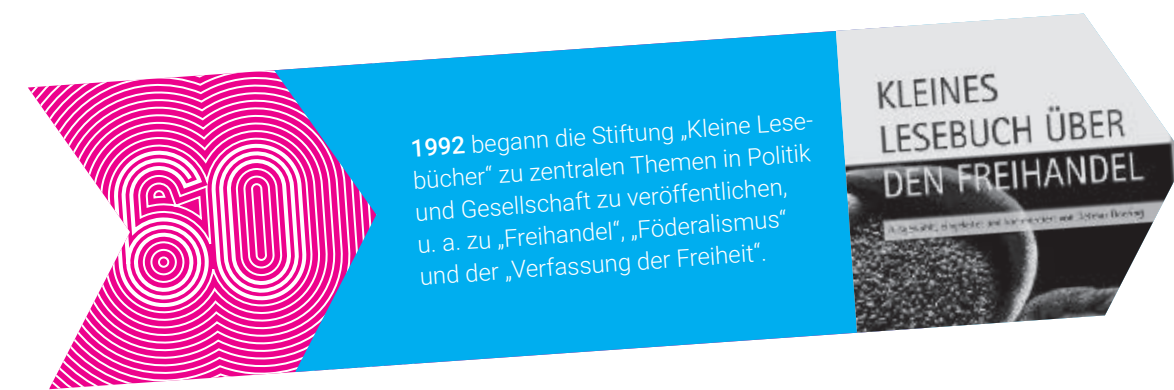


Alexander Graf Lambsdorff MdB
ist Kuratoriumsmitglied. Bis 2017 war er Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der FDP-Gruppe sowie Vizepräsident des Europäischen Parlaments. Seit 2017 ist er stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag.

bit.ly/2Cze4gf



Globalisierung
gestalten
Youtube/Video



Jeder Nutzer muss selbst bestimmen können, was mit seinen Daten passiert.

Data Schutz

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit warb mit einem Stand auf Europas wichtigster Internetmesse re:publica für den Datenschutz im Netz.

„Manche Dinge sind einfach Privatsache, schließlich wäscht man ja auch seine Wäsche nicht in der Öffentlichkeit.“



Stiftung auf Digitalmesse Ein Handtuch für den Datenschutz

Leuchtende Anzeigen von Smartphones, Laptops und Tablets wohin das Auge reicht. Vom 8. bis 10. Mai versammelten sich alle, die im Bereich Digitales und Netzpolitik Rang und Namen haben, zur 17. Netzkonferenz re:publica in der Berliner Station, die unter dem Motto „Love out loud“ stand. Mit dabei war dieses Jahr zum ersten Mal die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, die mit einem Stand auf das Thema Datenschutz und insbesondere auf die Problematik des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes, kurz NetzDG, aufmerksam machte.

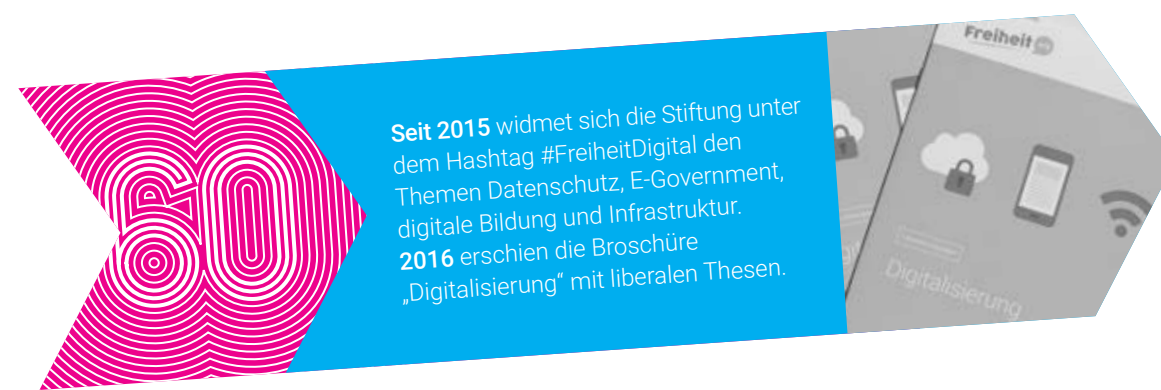
Die Besucher der Messe wunderten sich erstmal über eine Wäscheleine, die quer über den Stand der Stiftung gespannt war. Bei näherem Hinsehen stellte sich heraus: Die Unterwäsche an der Leine mit dem Slogan „I love my data“ macht auf das Thema Privatsphäre im Netz aufmerksam. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sprach sich damit klar gegen eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung aus, denn „manche Dinge seien einfach Privatsache, schließlich wasche man ja auch seine Wäsche nicht in der Öffentlichkeit“, erläuterten Stiftungsmitarbeiterinnen das Standkonzept.

Zu der Frage „Was tun gegen Fake News?“ organisierte die Stiftung ein „Meet Up“ mit Kommunikationswissenschaftler Philipp Müller und der Leiterin des Liberalen Instituts Annett Witte. Philipp Müller war beauftragt worden, ein Paper zu dieser Thematik zu verfassen, und sprach sich bei der Vorstellung seines Manuskriptes eindeutig gegen das Löschen von Fake News aus, das den Populisten nur in die Hände spiele.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Vorstand der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Expertin für netzpolitische Themen in Bezug auf Datenschutz, diskutierte am zweiten Tag der re:publica auf einem Panel zum Thema „Big Data = Big Possibility = Big Responsibility – Wie Medienunternehmen mit Nutzerdaten umgehen“.

Ihr Fazit: „Der Nutzer sollte selber mehr Selbstbestimmungsrecht haben, was mit seinen Daten passiert. Die Preisgabe meiner Daten ist eine Freiheitsentscheidung, aber man sollte sie bewusst treffen.“ Denn sind die Daten erstmal rausgegeben, ist eine Rücknahme nicht mehr möglich. Auch das Netzwerkdurchsetzungsgesetz sah sie kritisch. Dass das NetzDG in erster Linie eine Einschränkung der Meinungsfreiheit bedeute, wurde nicht nur mit ihr am Stand diskutiert, auch unsere Stipendiatin Lisa Maria Neudert betonte in ihrem Talk „Caught in the Propaganda Crossfire“ die Problematik.

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (NetzDG) sollen die Betreiber großer Plattformen „zu einer zügigeren und umfassenderen Bearbeitung von Beschwerden insbesondere von Nutzern über Hasskriminalität und andere strafbare Inhalte“ angehalten werden. Das bedeutet, dass die Plattformbetreiber eine Infrastruktur aufbauen müssen, mit der sie eine schnelle Löschung problematischer Inhalte gewährleisten. Ansonsten drohen Bußgelder bis zur Höhe von 50 Millionen Euro. Gemeinsam mit zahlreichen Netzpolitikern, Juristen, Unternehmen, Verbänden und Bürgern befürchtet die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, dass dieses Gesetz die Meinungsfreiheit und den offenen Diskurs im Netz gefährden kann.



Seit 2015 widmet sich die Stiftung unter dem Hashtag #FreiheitDigital den Themen Datenschutz, E-Government, digitale Bildung und Infrastruktur. 2016 erschien die Broschüre „Digitalisierung“ mit liberalen Thesen.

bit.ly/2DQ80SG



5 Gründe gegen
das NetzDG
Publikation/PDF

bit.ly/2IOblPm



Was tun gegen
Fake News?
Publikation/PDF

Digitale Gesellschaft

Deutschland muss schneller werden



Laut EU-Kommission erfordern künftig 90 Prozent aller Berufe digitale Kompetenzen.

Eigentlich ist die Digitalisierung für uns nichts Neues. Die E-Mail feierte am 30. September ihren 45. Geburtstag. 1997 waren 4,1 Millionen Deutsche online, heute sind es 58 Millionen. Wer heute erwachsen wird, kann sich ein Leben ohne Smartphone nicht vorstellen. Ohne Auto vielleicht aber schon.

Glasfaser bleibt Mangelware

Laut verschiedener Studien besteht eine signifikant positive Korrelation zwischen Breitbanddichte und Wirtschaftswachstum. Beim Breitbandausbau hat Deutschland jedoch Aufholbedarf. Laut OECD-Statistik verfügten knapp 37 Prozent aller Einwohner im Jahr 2015 über einen schnellen Breitband-Festnetzzugang zum Internet, auf 100 Einwohner kommen gut 65 mobile Breitbandanschlüsse. Im Gegensatz zu Finnland, wo jeder Einwohner statistisch über 1,38 mobile Internetanschlüsse verfügt.

Über modernste Glasfaseranschlüsse bis in das Gebäude verfügen laut OECD-Statistik nur 1,3 Prozent der Einwohner in Deutschland. In Japan hingegen werden bereits 70 Prozent aller Breitbandanschlüsse via Glasfaserkabel realisiert.

15 Prozent der Jobs sind automatisierbar

Impulse werden auch für die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt erwartet. In Deutschland sieht das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) etwa 15 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland mit einem sehr hohen Substituierbarkeitspotenzial konfrontiert. Das heißt: Ihre Berufe sind durch computergesteuerte Maschinen ersetzbar.

Doch wie der frühere Herausgeber des Technologie-magazins „Wired“, Kevin Kelly, formulierte: „Maschinen geben Antworten, aber Menschen stellen die Fragen.“ Die Neugier geht uns bestimmt nicht aus, setzt aber immer mehr Know-how voraus. Je höher also Spezialisierung und Expertise, desto geringer das Ersetzbarkeitspotenzial. Mit anderen Worten: Eine gute Aus- und Weiterbildung schützt am besten vor Arbeitslosigkeit. Auch dabei kann uns die Digitalisierung helfen.

Bildung wird zum Nadelöhr

Laut EU-Kommission erfordern künftig 90 Prozent aller Berufe digitale Kompetenzen. Thomas Sattelberger MdB, ehemaliger Telekom-Vorstand und Experte für den Arbeitsmarkt 4.0, sieht einen deutlich veränderten Qualifikationsbedarf. Bildung – Verlernen, Umlernen, Neulernen – wird seiner Meinung nach zum Nadelöhr.

Die Anpassung der Berufsbilder in Deutschland läuft aber zäh. Ab 2017 sollen die ersten Azubis mit einer Ausbildung zum Kaufmann im E-Commerce beginnen können – 22 Jahre nach der Gründung von Amazon. Dieses Tempo ist für die Zukunft eindeutig zu gering.

Der Artikel ist erstmals in voller Länge im Wochenend-journal „Sonntag“ des Redaktionsnetzwerkes Deutschland (RND) erschienen, dem mehr als 30 Tageszeitungen angehören. Darunter unter anderem die Kieler Nachrichten, die Hannoversche Allgemeine Zeitung, die Lüneburger Nachrichten, die Ostsee-Zeitung sowie die Leipziger Volkszeitung.

bit.ly/2E1wQJn



#Freiheitdigital
Themenseite

Innovation Hub der Stiftung in Hongkong

Asien macht mobil



Innovation bewegt:
Die Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit veranstaltete
einen Straßenbahn-Workshop
in Hongkong.

Mobil mit Handy und Octopus

Dank altmodischer, ganz undigitaler Beschilderung finde ich ohne Verzögerung den Weg zur Hongkong Central Station. Hier ist einer der beiden In-Town Check-ins. Die Dame am Schalter nimmt meinen Koffer entgegen und stellt mir meine Bordkarte aus. Ich mache mich auf, um mich mit einem Hongkonger Start-uper, Lawrence Hui, zu treffen. Car-Sharing in einer Stadt, in der Parkplätze teurer als in London sind, ist sein aktuelles Projekt. Unser Gespräch wird zu einem Podcast des neuen Innovation Hubs der Friedrich-Naumann Stiftung für die Freiheit. In Peking und ein paar anderen Städten hätte ich mir nun mit den immer populärer werdenden Ridesharing-Apps ein Fahrrad nehmen können, um zurückzukommen.

Ich zahle unseren Kaffee, indem ich meine Octopus-Karte über den Scanner an der Kasse halte. Die kann ich an jedem Kiosk aufladen und zahle damit im Supermarkt, in der U-Bahn, im Taxi, die Fähre, die Tram, im Bus, bei McDonald's, KFC und Yoshinoya. Ein kleines Stück Plastik als Schlüssel der persönlichen Mobilität im Alltag.

„Octopus haben wir seit 20 Jahren. Alles veraltet“, sagt ein Freund aus der Hongkonger Fintech-Szene. „In Shanghai hatte ich eine Woche nur 10 Renminbi in der Tasche. Sogar am Obststand habe ich mit Smartphone über den Wechat-QR-Code bezahlt.“

Ich denke an meinen Flug nach Deutschland, wo mir viele Verkehrsverbünde von Technologien wie der Octopus-Card noch genauso weit entfernt zu sein scheinen wie vor 20 Jahren. Ich nutze die Karte auch für den Airport Express, der mich in 25 Minuten aus dem Stadtcenter zum Hongkonger Flughafen bringt.

Asia on the Move

Der Innovation Hub der Stiftung bringt junge Start-uper aus Asien nach Deutschland. Unter ihnen ist Samantha Kapunan. Ihr Start-up „IwantSeats“ bekämpft mit Software und Smartphone den Verkehrskollaps in philippinischen Städten und ermöglicht den ärmeren Bevölkerungsschichten einen besseren Zugang zur Mobilität. Mit Idealen, Kreativität und als nachhaltiges Geschäft.

Je besser ich die Start-uper auf dieser Delegationsreise kennenlerne, desto faszinierter bin ich von ihrer Entschlossenheit, auch unter schwierigen Bedingungen von Malaysia bis Myanmar ihre Ideen umzusetzen. Es begeistert, wie sie ihre Länder durch ihr unternehmerisches Engagement vorantreiben und neue Technologie dabei als Werkzeug zur Gestaltung der Zukunft nutzen.

Wir machen Station in Berlin, Hamburg und in NRW. Unsere asiatischen Start-uper treffen ihre deutschen Pendants. Der Geist ist häufig der gleiche. Die Bilanz über die Kontinente auch: Weniger Barrieren. Weniger verbieten. Weniger reden. Mehr machen. Mehr Freiraum. Mehr ermöglichen. Mehr Mut zum Fortschritt.

Mit Austauschprogrammen und anderen Aktivitäten unseres Innovation Hubs wollen wir auch ein Vorurteil bekämpfen: die Vorstellung vieler Europäer über Asien, die in den 90ern stehengeblieben zu sein scheint. Viele Länder in Asien, vor allem Städte, haben nicht nur aufgeholt. Sie sind vorbeigezogen und gestalten die Zukunft als „Smart Cities“ mit moderner Mobilität.

Mut zum Fortschritt und der Wille, massiv neue Technologie zu nutzen, sind in Asien weit verbreitet. Eine Dynamik, die einen häufig schon am Flughafen erfasst und mitreißt. Ob Yangon oder Hongkong, ob Jakarta oder Taipeh, ob Bangkok oder Seoul. Hier bewegt sich was. Warten wir, bis es uns trifft wie ein Taifun – oder bewegen wir uns mit?

Bericht von Armin Reinartz, Leiter des Innovation Hub der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Hongkong.



„Mut zum Fortschritt und der Wille, massiv neue Technologie zu nutzen, sind in Asien weit verbreitet.“

Europa ist
unsere Zukunft.



„Wir möchten den Menschen zeigen, wie die EU und ein vereintes Europa positiv ihr tägliches Leben beeinflussen.“

Stipendiaten gründen Projekt Why Europe – Die Liebe zu Europa neu entfachen

„Europa ist ein einzigartiges Projekt“, finden Hans-Christoph Schlüter (23 Jahre, Wirtschaftswissenschaften) und Benedikt Kau (21 Jahre, Liberal Arts and Sciences). Wie die zwei Stipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit ihrem vor einem Jahr gegründeten Projekt „Why Europe“ für die europäische Idee begeistern wollen, erzählen sie im Interview. Inzwischen stehen mehr als zwanzig Köpfe hinter dem Projekt. Die Studenten glauben an die europäische Idee und wollen die Zukunft Europas konstruktiv diskutieren. Dazu bietet „Why Europe“ als gemeinnützige unabhängige Organisation Plattformen in den sozialen Netzwerken Facebook, Twitter und Instagram. Ziel: eine neue Vision von Europa.

Herzlichen Glückwunsch, „Why Europe“ ist gerade ein Jahr alt geworden. Wie kamt ihr auf die Idee, „Why Europe“ zu gründen, was treibt euch an, warum dachtet ihr, „unser Projekt wird gebraucht“?

Benedikt: Vielen Dank! Vor einem Jahr haben wir viel über den aufkeimenden Rechtspopulismus in Europa diskutiert. Dazu kam die zunehmende Bedrohung durch Europa-Skeptiker. Nach dem Brexit-Referendum wurde uns klar, dass wir selbst aktiv werden müssen. Populisten sind unglaublich gut darin, ihre Inhalte und Parolen zu transportieren. Wir haben uns immer wieder gefragt: Warum sind die so erfolgreich? Kann man das nicht nutzen und genauso kommunizieren? Einfach, emotional, aber pro-europäisch? Wir sagen „ja“ und auf dieser Idee basiert unser Projekt.

Hans-Christoph: Wir wollen die Vorteile von europäischer Integration aufzeigen. Grob gesagt gibt es da zwei Kategorien: Das, was für alle selbstverständlich ist – Frieden zum Beispiel – und das, was kaum jemand weiß – Trinkwasser-Standards oder Fluggast-Rechte.

Letzteres möchten wir ändern, indem wir auf sozialen Netzwerken wie Facebook, Twitter und Instagram diese Vorteile simpel und emotional verbreiten. Wir möchten den Menschen zeigen, wie die EU und ein vereintes Europa positiv ihr tägliches Leben beeinflussen. Populisten mit ihren eigenen Waffen schlagen: Das nennen wir „Positiven Populismus“.

Was begeistert euch an Europa so sehr und welches neue Bild wollt ihr vermitteln?

Benedikt: Europa ist ein einzigartiges Projekt. Allein der Friede, in dem wir nun in Europa zusammenleben, sollte Grund sein, das europäische Projekt zu unterstützen. Dazu kommen ein Binnenmarkt, garantierte Menschenrechte und viele, viele Freiheiten. All das ist keineswegs selbstverständlich, wenn man in Europas Geschichte zurückblickt oder heutzutage den Blick über Europa hinaus schweifen lässt.

Hans-Christoph: Europa und die EU werden zu oft mit unnötiger Bürokratie assoziiert. Europa ist nicht Brüssel. Europa, das sind wir und dafür lohnt es sich, einzustehen. Wir möchten ein Bild Europas vermitteln, das über EU-Institutionen weit hinausgeht. Wir möchten den Begriff wieder positiv und emotional besetzen und den Enthusiasmus vermitteln, mit dem wir dem Projekt Europa gegenüberstehen sollten. Wir sind dabei keine Marketing-Agentur der EU. Wir glauben, dass drastische Reformen notwendig sind. Genau das wollen wir mit den Menschen diskutieren: Wie soll das Europa der Zukunft aussehen? Dabei sind wir überzeugt: Es geht nur gemeinsam, die EU zerfallen zu lassen, ist für uns keine Lösung.

Welche Entwicklung hat „Why Europe“ in den zurückliegenden Monaten genommen und wo geht die Reise noch hin?

Benedikt: Zu Beginn hätten wir nie mit der Resonanz gerechnet, auf die wir nun nach einem Jahr zurückblicken können. Inzwischen erreichen unsere Inhalte zwischen 700.000 und 2,4 Millionen Menschen pro Monat. Während der Wahlen in den Niederlanden und Frankreich haben wir mit unseren Kampagnen „Blijf bij ons“ und „Restez avec nous“ gemeinsam mit Pulse of Europe zehntausende Menschen für Europa auf die Straßen gebracht.

Hans-Christoph: Inzwischen veröffentlichen wir unsere Inhalte auch auf Französisch, Deutsch und Ungarisch. Weitere Sprachen sind geplant. Ziel ist es, immer mehr Menschen zu erreichen, aus der pro-europäischen Blase herauszukommen und Skeptiker mit unseren Argumenten zu erreichen.

Ein Fußball-Trikot für Europa

Aktuell wirbt „Why Europe“ mit einem Fußball-Trikot für die europäische Idee. Über eine Crowdfunding-Plattform wurde das Projekt umgesetzt, für 28 Euro pro Stück sind die Trikots zu haben. Und das Projekt ist erfolgreich: Im November 2017 werden 426 Europa-Trikots ausgeliefert. Die Idee dazu hatte Aaron Martin, ein begeisterter Fußballer, der sich „Why Europe“ angeschlossen hat.



Hans-Christoph Schlüter,
Mitgründer Mirko Moser-Abt und
Benedikt Kau (v.l.n.r.)

bit.ly/2CNkdCe



www.whyeurope.org
Website

Free Media – Free Minds

Mit Humor erreicht man mehr

Mit Humor erreicht man mehr – davon ist Firas Alshater zutiefst überzeugt. „Ich habe genug Hass gesehen“, sagte der 26-jährige syrische Filmemacher, Comedian und Youtuber. In Syrien wurde er inhaftiert und gefoltert, in Deutschland bringt er mit seinem Videokanal „Zukar“ Deutsche sowie Syrer zum Lachen. Auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und des Tagesspiegel stellte Firas Alshater nun sein Buch vor: „Ich komm auf Deutschland zu – Ein Syrer über seine neue Heimat“ – in fließendem Deutsch.

Dabei geht es immer wieder um die Freiheit. „Was willst du einmal werden, Firas?“ „Ich will frei sein“, lautete schon die Antwort des jugendlichen Syrsers auf die Frage nach seiner Berufswahl. Wirklich frei gefühlt hat Alshater sich erstmals, als er an den Demonstrationen gegen den syrischen Machthaber Bashar al-Assad in Damaskus teilnahm – mit dem Megaphon in der ersten Reihe. „Das war Energie pur – ich war sofort süchtig danach. Meine Droge war die Freiheit“, schreibt er in seinem Buch.

Im Rahmen der neuen Veranstaltungsreihe „Diwan“, die das Internationale Journalisten- und Mediendialogprogramm der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Kooperation mit dem Tagesspiegel organisiert, traf der Star der sozialen Medien nun auf Leser, Fans und Neugierige.

Unter den rund 150 Gästen waren auch viele Geflüchtete, die dank Simultan-Übersetzung ins Arabische der Diskussion folgen und sich beteiligen konnten. Für viele von ihnen ist der Syrer ein Vorbild, weil er mutig und munter auf die Deutschen zugeht. Den Deutschen hält er in seinen Videos und in seinem Buch den Spiegel vor. Mal beißend, mal herzlich, aber immer lustig. Das US-amerikanische TIME-Magazin krönte Alshater, der seit 2013 in Berlin lebt, zum „Clown prince of migrants“. Das Wort Integration hatte Alshater vor seiner Ankunft in Deutschland noch nie gehört – und setzt der deutschen Bürokratie und dem Zuständigkeitswirrwarr seine eigene Methode entgegen: „Das gelingt am besten, wenn man gemeinsam lacht“, glaubt Alshater.

„Wir wählen die Freiheit“ – Junge Exil-Journalisten erstellen eigene Tagesspiegel-Beilage

Junge Exil-Journalisten stellen ihre Tagesspiegel-Beilage zum Thema Demokratie und (Un-)Freiheit vor. „In Deutschland angekommen, wollte ich hier sofort die Grenzen der Freiheit austesten“, erzählte der Journalist und Hip-Hop-Musiker Jamal Ali aus Aserbaidschan. „Aber ich bin nie an eine Grenze gestoßen, obwohl ich mich sehr bemüht habe“, lacht der 30-Jährige, der in Aserbaidschan im Gefängnis gesessen hat und misshandelt worden war, weil er angeblich die Mutter des Präsidenten beleidigt hatte.



„Unsere Handschellen schlagen immer noch gegen die Tasten.“

Exil-Journalisten im Gespräch auf der Launchparty zur Tagesspiegel-Beilage „Wir wählen Freiheit“ in Kooperation mit Tagesspiegel und Robert-Bosch-Stiftung

Die aus dem Iran stammende Negin Behkam genieße zwar ihre neue Freiheit als Frau in Deutschland, „richtig frei werde ich mich aber erst fühlen, wenn ich nicht immer auf meine Identität als Iranerin reduziert werde“, sagt sie im voll besetzten Saal im Tagesspiegel in Berlin, wo sich Alteingesessene und viele junge Geflüchtete mischen. Dort stellten die Exil-Journalisten die Beilage „Wir wählen die Freiheit“ vor, die sie aus Anlass der Bundestagswahl am 24. September für den Tagesspiegel gestaltet hatten. Mit einer Serie von Workshops und mit Diskussionen über Demokratie und Freiheit sowie journalistischen Trainings hatte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Kooperation mit dem Tagesspiegel und der Robert-Bosch-Stiftung die Exil-Journalisten unterstützt.

Niemals aufgeben

Mit von der Partie war der bekannte türkische Journalist Can Dündar, ehemaliger Chefredakteur der Zeitung „Cumhuriyet“, der in Berlin die Exil-Nachrichtenwebsite „Özgürüz“ („Wir sind frei“) betreibt. Dündar, eine Art Doyen der vielen mittlerweile in Berlin ansässigen Exil-Journalisten, hatte in der Beilage einen sehr persönlichen Text über die Schwierigkeiten des Schreibens im Exil verfasst.

„Unsere Handschellen schlagen immer noch gegen unsere Tasten.“ Dennoch will er die jungen Kollegen ermutigen: „Niemals aufgeben“ – lautete sein Fazit.

Der syrische Künstler Hamid Suleiman, der zwischen Berlin und Paris lebt, hat exklusiv für die Beilage sechs Zeichnungen zum Konflikt zwischen Freiheitssehnsucht und Entwurzelung angefertigt und sprach so durch die Macht der Bilder.

Mit diesem Projekt setzte das Internationale Journalisten- und Mediendialogprogramm der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit seine Arbeit mit geflüchteten Journalisten fort. Bereits im Oktober 2016 hatte der Tagesspiegel in einer Sonderausgabe Texte von Exil-Journalisten veröffentlicht, die in diesem gemeinsamen Projekt entstanden waren.

bit.ly/2CMgTas



Presse- und
Meinungsfreiheit
Themenseite

2002 startete die Reihe „Medienpolitische Diskurse“. Die Veranstaltungen wendeten sich insbesondere an junge Journalisten. Seit 2015 gibt es das „Internationale Journalisten- und Mediendialogprogramm“, das neue Kooperationen zwischen Medienschaffenden im In- und Ausland entwickelt.





„Was die liberale Democratic Alliance leistet, könnte zum Vorbild in Afrika und in der Welt werden.“

Ein Schlüssel zur Prosperität Good Governance



Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué
Stellvertretender Vorsitzender
des Vorstandes der
Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

Am 28. und 29. Oktober tagte das Executive Committee von Liberal International (LI) im südafrikanischen Johannesburg. Thema: Good Governance. Als stellvertretender Vorstandsvorsitzender und LI-Vizepräsident war Professor Karl-Heinz Paqué dabei. Er stellte fest: „Das Thema der Tagung ist alles andere als Theorie. Wer sich in Südafrika umschaut, der begegnet auf Schritt und Tritt den Folgen der ‚Bad Governance‘.“

Eindrücke von Professor Karl-Heinz Paqué:

Die Menschen der großartigen „Rainbow Nation“, wie die Südafrikaner ihr Land stolz nennen, werden daran gehindert, ihre Lebenschancen bestmöglich zu nutzen. Sie brauchen „Freedom You Can Use“, wie es der Slogan der Democratic Alliance (DA), der größten – und liberalen – Oppositionspartei dort ist.

„How to Steal a City“ – so lautete der provokante Titel des Bestsellers von Chrispian Olver, den ich mir bei der Rückreise aus Johannesburg noch schnell im Book Store des Flughafens besorgte. „An Inside Account“, so der Untertitel, und in der Tat: Der Autor war jahrelang in der Stadtverwaltung des African National Council (ANC) in Nelson Mandela Bay (Port Elizabeth) tätig – und genau darum geht es. Er wurde Zeuge eines riesigen und komplexen Geflechts der Korruption und Selbstbereicherung in einem der großen Zentren des Landes, seit Mitte der neunziger Jahre beherrscht vom ANC.

Das Buch las sich wie ein spannender Krimi, beschrieb aber nichts als die bittere Realität in vielen Städten Südafrikas und vielen Ländern der Welt.

Dabei ist „Bad Governance“ natürlich kein trauriges Privileg von Entwicklungs- und Schwellenländern. Es gibt sie überall, wo lukrative Aufträge vergeben werden und sich über lange Zeiträume ein stabiles politisches Netzwerk einer einzigen politischen Kraft gebildet hat, deren Machtmonopol nicht zu brechen ist.

Oder doch? Im ANC-dominierten Südafrika jedenfalls gibt es neuerdings Hoffnung: Bei den Kommunalwahlen 2016 errangen in vielen großen Städten Vertreter der Opposition unter Führung der liberalen Democratic Alliance die Mehrheit. Kapstadt, Johannesburg, Pretoria (Tshwane) und Port Elizabeth (Nelson Mandela Bay) haben seither DA „executive mayors“, also Oberbürgermeister der DA. Die tragen eine enorme Verantwortung: Sie haben im Wahlkampf „Good Governance“ versprochen, und die müssen sie nun auch liefern. Das heißt: konsequenter Kampf gegen die Korruption, Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien, faire und offene Verfahren der Ausschreibung, garantiert durch eine kompetente und zügige Verwaltungspraxis.

Eine Herkulesaufgabe. Aber die liberale DA hat schon bewiesen, dass sie diese lösen kann – in Kapstadt und auch in der „Western Cape Province“, wo sie seit Jahren regiert. Dort wurden die Verhältnisse drastisch verbessert – eine Erfahrung, die sich herumgesprochen und zu den Wahlsiegen 2016 beigetragen hat. Der DA-Slogan „Freedom You Can Use“ blieb dort keine Leerformel, er wurde mit Inhalt gefüllt.

So muss es auch in Johannesburg sein, lange Jahre eine Hauptstadt der Korruption und Kriminalität – und dies im globalen Vergleich! Bei einem Gang durch die Innenstadt von „Joburg“, wie die Bewohner ihre Stadt liebevoll nennen, kann man besichtigen, was bei „Bad Governance“ herauskommt: großflächiger Leerstand riesiger Gebäude und „broken windows“ ohne Perspektive. Und daneben eine vor allem arme schwarze Bevölkerung, die inständig hofft, dass endlich „Business, Jobs and Skills“ in die Innenstadt zurückkehren – und damit auch ein pralles urbanes Leben, das diesen Namen verdient.

Dies kann aber nur klappen, wenn es systematische Programme des „urban renewal“ gibt, die es attraktiv machen, genau in diesem City Center zu arbeiten und zu wohnen – und das Leben zu genießen. Joburgs neue Stadtregierung nimmt ihre Aufgabe ernst. Die Motivation war überall zu spüren. Die Pläne sind ehrgeizig und die Zeit für Erfolge kurz, will man die Menschen mitnehmen. Aber immerhin ein Anfang ist gemacht.

Was die liberale Democratic Alliance leistet, könnte zum Vorbild in Afrika und in der Welt werden. Ein Grund mehr für Liberal International, ihre neue „Declaration for Good Governance“ in Johannesburg zu verabschieden – im Nachgang zu dem umfassenden Liberalen Manifest, das im Mai in Andorra beschlossen wurde. Die neue Declaration ist ein breiter Forderungskatalog zum Kampf gegen den schlechten Staat, der sich selbst bedient – im Namen vorgeschobener abstrakter Ziele oder im Auftrag mächtiger Clans, Familien oder Parteien. Sie macht Freiheit konkret: „Freedom You Can Use“. Genau da liegt die Hoffnung auf eine bessere Zukunft für alle.

25 Jahre Promoting Tolerance

Unter dem Titel „Confronting Bigotry and Intolerance in the Face of Rising Populism“ trafen sich im Juni 2017 Teilnehmer, Alumni und interessierte Gäste, um zum 25. Jubiläum des „PromotingTolerance“-Programms ein Zwischenfazit zu ziehen. Der Erfolg des Programms spiegelte sich in den auf dem Podium vertretenen Referenten wider – alle waren Alumni verschiedener Jahrgänge. Ivo Goldstein, Botschafter Kroatiens in Frankreich und UNESCO-Botschafter seines Landes, betonte, dass er im Hinblick auf die politische und gesellschaftliche Lage in der Welt nicht mehr so optimistisch sei wie in der Vergangenheit. Ohne das „Promoting Tolerance“-Programm wäre ihm der Optimismus vermutlich vollends genommen, mutmaßte Goldstein.

Keit Pentus-Rosimannus, ehemalige Außen- und Umweltministerin Estlands und Mitglied des estnischen Parlaments, war überzeugt davon, dass man sich in 10 Jahren über das Zeitalter des „Post-Populismus“ unterhalten könne. Populisten böten keine eigenen Lösungen an, sondern würden immer nur dagegenhalten – weit kämen sie damit nicht.

Der Direktor der Free Market Foundation, Máté Hajba, stimmte ihr grundsätzlich zu. Er rief dazu auf, Populisten und ihre potenziellen Wähler nicht zu isolieren, sondern mit ihnen in den Dialog zu treten. „Populisten befinden sich in ihrer ganz eigenen Blase, ja; aber wir sind auch in einer. Wir müssen aus ihr heraustreten und die Diskussion suchen“, so Hajba.

Emil Kirjas, Generalsekretär von Liberal International, schilderte verschiedene Ereignisse, bei denen er Intoleranz gegenüber Minderheiten begegnet ist – unter anderem in seinem Heimatland Mazedonien. Er betonte, wie sehr er in diesen Situationen und auch im normalen Alltag von seinen Erfahrungen aus der Teilnahme bei „Promoting Tolerance“ zehren konnte.

Liberaler stehen in einer besonderen Verantwortung

In einer engagierten Rede hatte Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Bundesjustizministerin a. D. und Vorstand der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, zuvor an alle Demokraten und insbesondere an die Liberalen appelliert, sich entschieden gegen Intoleranz, Xenophobie und Populismus einzusetzen. Wir dürften nicht dem Trugschluss erliegen, dass demokratische Werte automatisch geschützt sind, weil sie gesellschaftlich stärker verankert und politisch institutionalisiert sind, als es in den letzten Jahrzehnten der Fall war. Im Gegenteil: Demokratische Werte seien gefährdet, weil sie mittlerweile für selbstverständlich angesehen werden. Wichtig sei es, Freiheitsrechte nicht auszuhöhlen, sondern sie besonders in diesen Zeiten aufrecht zu halten – oft seien radikale Strömungen nur so stark wie die demokratischen Kräfte schwach sind.

Wechselnde Herausforderungen, doch immer dasselbe Ziel

Als einer der „Gründungsväter“ des Programmes fand Rabbi Andrew Baker vom American Jewish Committee seinerseits ganz persönliche Eingangsworte und lobte die gute Partnerschaft mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Seit das Programm vor 25 Jahren initiiert wurde, hätte man schon viel erreicht, was insbesondere durch die außergewöhnliche gesellschaftliche Stellung der vielen Alumni sichtbar wird. Als Multiplikatoren nehmen sie eine wichtige Rolle in ihren jeweiligen Herkunftsländern ein.

Auf diese Vorzeichen ging auch Ulrich Niemann, Bereichsleiter Internationales der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, ein. Er betonte, wie wichtig das Programm war, als vor 25 Jahren die Transition der Länder Zentral- und Osteuropas einsetzte und die Folgen des Kommunismus aufgearbeitet werden mussten. Heute stehen wir vor anderen Herausforderungen und so wandelte sich auch der Fokus des Programmes mehrmals im Laufe der Zeit; die wichtigste Botschaft bleibt aber seit einem Vierteljahrhundert erhalten: der Einsatz für Toleranz – mithilfe einer beispielhaften deutsch-jüdischen Partnerschaft.

Kurz nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Auflösung der Sowjetunion hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit – zusammen mit dem American Jewish Committee – das „Promoting Tolerance Programme“ ins Leben gerufen. 25 Jahre ist das nun her, in denen sich insgesamt 320 Teilnehmer aus 25 Ländern aus Zentral- und Osteuropa austauschten und vernetzten.

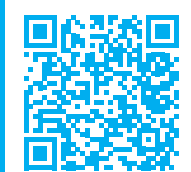
Manfred Richter, Mitglied des Vorstandes und Schatzmeister der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, spricht als Ehrengast bei der „Regional Directors Conference“ der Region Ost- und Südosteuropa.



„Demokratische Werte sind gefährdet, weil sie mittlerweile als selbstverständlich angesehen werden.“



bit.ly/2vhK4ym



Promoting Tolerance
Programme
Youtube/Video

bit.ly/2EOv2ET



Promoting Tolerance
Themenseite

Freiheit weltweit stärken und verteidigen



Dr. Wolfgang Gerhardt
Vorsitzender des Vorstandes
der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

Herr Dr. Gerhardt, 2017 war für die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ein spannendes und intensives Jahr. Wie haben Sie das vergangene Jahr erlebt?

Ich habe das vergangene Jahr mit engagiertem Eintreten für den politischen Liberalismus in Deutschland erlebt und mich über den Wiedereinzug der Freien Demokraten in den Deutschen Bundestag gefreut. Damit ist im Übrigen die weitere Existenz der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit gesichert. Die finanziellen Möglichkeiten erlauben es uns, deutlich und klar weiterhin in vielen Ländern dieser Welt und auch in der Bundesrepublik Deutschland für die Stärkung und Verteidigung der Freiheit eintreten zu können.

Es gibt zu viele Menschen in Deutschland, die die Freiheit als eine Art Geschenk ansehen, für das man sich nicht weiter engagieren muss. Anscheinend sind nach der großen deutschen Katastrophe Generationen herangewachsen, deren Angehörige die hier zu Lande angebotenen sozialen Sicherheiten und die freiheitliche Ordnung als gegeben voraussetzen. Unsere Stiftung muss deutlich machen, dass wir in einem Land leben, in dem nicht jeder davon ausgehen kann, dass er eine Garantie auf alles hat, sondern dass die Freiheit, die wir genießen, an jeden Einzelnen hohe Ansprüche stellt, und Wissen, Vernunft, Bereitschaft zum Lernen und individuelle Mühe notwendig sind, um sie zu erhalten. Nicht der Wohlfahrtsstaat kann die demokratische Qualität einer Gesellschaft sichern, sondern nur eine starke Zivilgesellschaft, die auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Standing beweist.

Das vergangene Jahr stand auch im Zeichen einer strategischen Neuausrichtung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Was hat sich verändert?

Die Stiftung hat sich für den Zeitraum von 2018 bis 2022 neue strategische Ziele gesetzt. Sie lassen sich mit einer Visitenkarte der kreativen Innovationsplattform beschreiben, einem starken Engagement in der Begabtenförderung und einer neuen Vertrauensbildung gegenüber der politischen

Kultur des Grundgesetzes und der damit verbundenen Institution in einer Demokratie. Wir alle beobachten weltweit, dass autoritäre Systeme zunehmen. Dass Populisten in die Parlamente einziehen. Dass es Menschen gibt, die glauben, eine Mehrheit dürfe alles. Für die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit muss klar sein, dass sie in politischer Bildung stark engagiert bleiben muss gegenüber den Angriffen der Ränder. Es gilt, den Menschen bewusst zu machen, dass sie bei ihren Wahlentscheidungen auf die jeweiligen Beipackzettel achten müssen, ihren Blick auf Nebenwirkungen von politischen Angeboten lenken müssen und die Haltbarkeitsdaten zu überprüfen haben. Es gibt keine einfachen politischen Rezepte. Es gilt, die Gleichgültigkeit vieler gegenüber Angelegenheiten, die uns alle etwas angehen, zu überwinden und Menschen mit Komplexität und Wirkungszusammenhängen vertraut zu machen. Man muss ihnen zuhören, aber man darf – und muss – ihnen sogar sagen, was sie auch wissen müssen.

Herr Dr. Gerhardt, 2018 jährt sich die Gründung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zum 60. Mal. Was wünschen Sie der Stiftung zu ihrem Jubiläum?

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit muss sich weiterhin genauso verstehen, wie sie sich auch nennt. Und sie muss – wie das Ralf Dahrendorf so prägnant formuliert hat – die Priorität der Freiheit beibehalten. Auch gegenüber Gerechtigkeitsrhetorikern, die immer mehr Gerechtigkeit mit Gleichheit verwechseln. Ohne Freiheit kommt man nicht zu Gerechtigkeit. Eine freie Gesellschaft ist immer ein großes soziales Experiment. Sie bringt Probleme mit sich. Aber ihre Probleme können nur in Freiheit gelöst werden. Wir sind für die Zukunft besser aufgestellt, als wir es je waren. Aber es gibt immer noch viel zu tun, wenn wir sie meistern wollen.

Der Vorstand:

Vorsitzender:

Dr. Wolfgang Gerhardt

Stellvertretender Vorsitzender:

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué

Schatzmeister:

Manfred Richter

Mitglieder:

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Dr. Wolf-Dieter Zumpfort

Bericht des Kuratoriums zur Gremienarbeit 2017



Prof. Dr. Jürgen Morlok
Vorsitzender des Kuratoriums
der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

Die Mitglieder des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mussten im Jahr 2017 Abschied vom langjährigen Mitglied Dr. Fritz Schaumann nehmen, der die Arbeit der Stiftung in den 14 Jahren seiner Mitgliedschaft im Kuratorium begleitet und geprägt hat.

Auch im Jahr 2017 ist die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ihren Weg der Erneuerung weitergegangen. Im Jahr 2017 begleiteten das Kuratorium und seine beiden Ausschüsse Programm und Finanzen in ihren jeweils drei Tagungen den Vorstand und die Geschäftsführung intensiv bei der weiteren Umsetzung der Veränderungsprozesse und der Formulierung der strategischen Ziele 2022.

Zentral waren dabei die Beratungen zur strategischen Neuausrichtung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und der dafür notwendigen Finanzausstattung sowie dem Veranstaltungsprogramm 2018. Darüber hinaus befasste sich das Kuratorium eingehend mit den Entwicklungen im internationalen Bereich, insbesondere der Stiftungsarbeit in krisenhaften Regionen und der Fortentwicklung der Auslandsstrategie.

Auf dem traditionellen Kuratoriumsvorabend brachte unser Kuratoriumsmitglied Thomas Straubhaar, Professor für Volkswirtschaftslehre, zusätzliche Expertise zum Thema „Globale Welthandelsordnung in Zeiten des Trumpismus“ in die Diskussion ein.



Das Kuratorium:

Vorsitzender:

Prof. Dr. Jürgen Morlok

Ehrevorsitzender:

Walter Scheel †

Stellvertretende Vorsitzende:

Prof. Dr. Ludwig Theodor Heuss

Liane Knüppel

Mitglieder:

Christel Augenstein

Hinrich Enderlein

Richard Fudickar

Prof. Dr. Helmut Haussmann

Dr. Peter Jeutter

Karl-Ulrich Kuhlo

Alexander Graf Lambsdorff MdB

Christian Lindner MdB

Michael Georg Link MdB

Dr. Anita Maaß

Gisela Piltz

Walter Rasch

Dr. Fritz Schaumann †

Dr. Hermann Otto Solms MdB

Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Ruth Wagner

Joachim Werren

Zum Selbstverständnis der politischen Stiftungen

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Hanns-Seidel-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung und die Rosa-Luxemburg-Stiftung haben ihr Selbstverständnis formuliert.

Ihre gemeinsame Erklärung ist Standortbestimmung, Selbstverpflichtung und Information der Öffentlichkeit zugleich. Die Zusammenfassung der Erklärung:

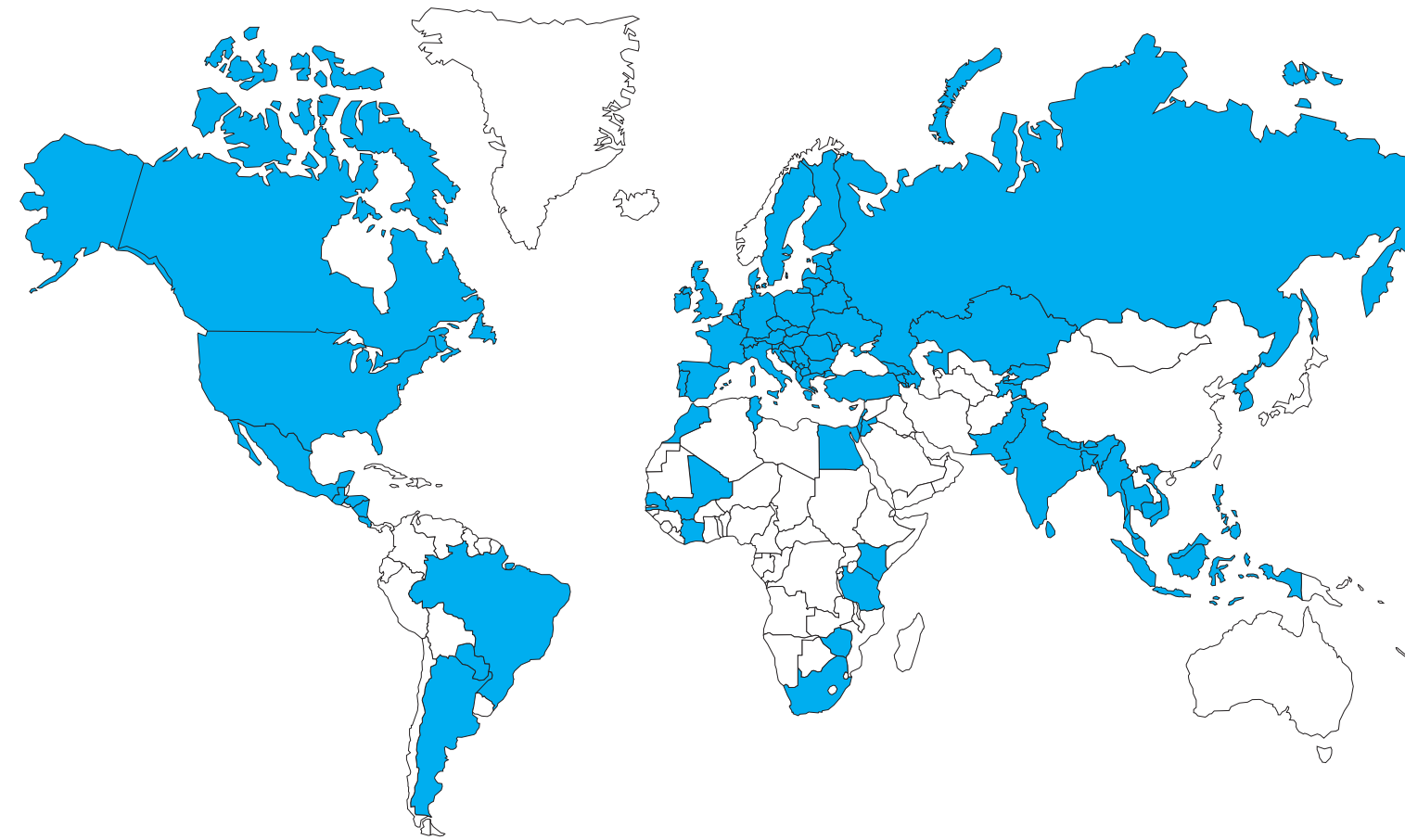
Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Hanns-Seidel-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung und Rosa-Luxemburg-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich Sozialen Union in Bayern, der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die Linke nahe stehenden politischen Stiftungen.

Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenschaftstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;
- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;

- durch Veranstaltungen, Stipendien und Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;
- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.

Es gehört zum Selbstverständnis der politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft zu legen. Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbstgesetzte Verpflichtung der politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die politischen Stiftungen übereingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne insoweit auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.



Im politischen Dialog in über 60 Ländern der Erde

A Albanien · Ägypten · Argentinien · Armenien · Aserbaidschan B Bangladesch · Belgien · Bhutan · Bosnien Herzegowina · Brasilien · Bulgarien C Costa Rica D Dänemark · Deutschland E Elfenbeinküste · Estland F Finnland · Frankreich G Georgien · Griechenland · Guatemala H Honduras · Hongkong I Indien · Indonesien · Irland · Israel und palästinensische Autonomiegebiete · Italien J Jordanien K Kambodscha · Kanada · Kasachstan · Kenia · Kirgisistan · Kosovo · Kroatien L Lettland · Libanon · Litauen · Luxemburg M Malaysia · Mali · Malta · Marokko · Mazedonien · Mexiko · Moldau · Montenegro · Myanmar N Nepal · Nicaragua · Niederlande · Nordkorea O Österreich P Pakistan · Paraguay · Philippinen · Polen · Portugal R Rumänien · Russland S Schweden · Senegal · Serbien · Spanien · Simbabwe · Slowenien · Slowakische Republik · Sri Lanka · Südafrika · Südkorea T Tadschikistan · Tansania · Thailand · Tschechische Republik · Tunesien · Türkei U Ukraine · Ungarn V Vereinigte Staaten von Amerika · Vereinigtes Königreich · Vietnam W Weißrussland Z Zypern

Die Regionalbüros der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Deutschland

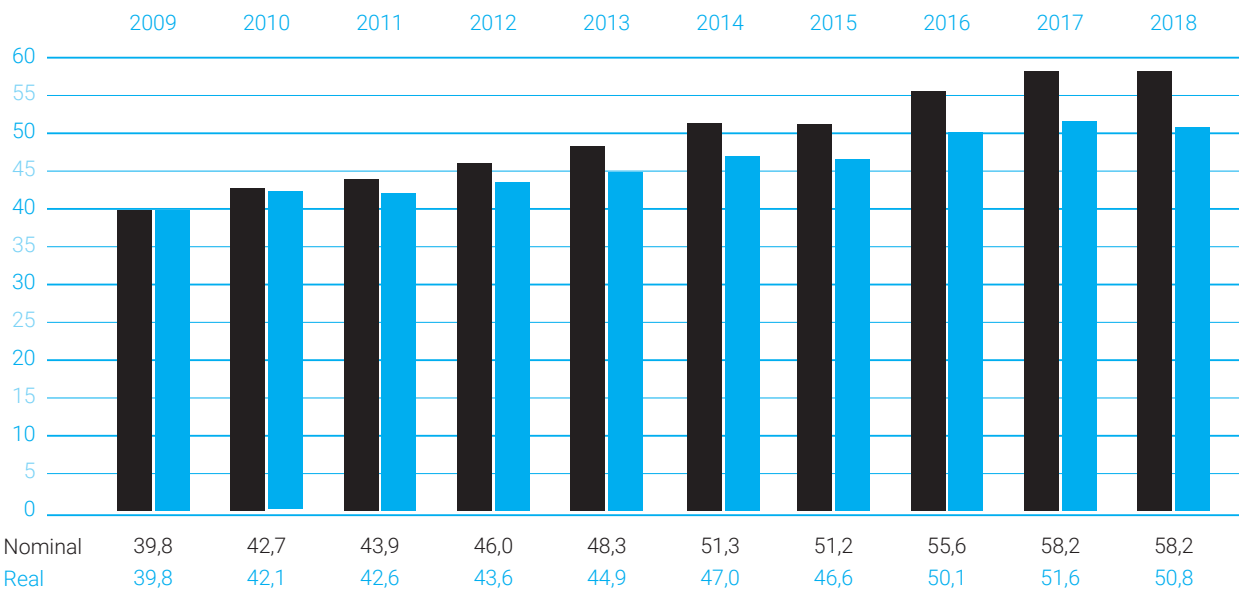
Berlin · Potsdam · Gummersbach · Hannover · Lübeck · Halle · München · Stuttgart · Wiesbaden

Die finanziellen Mittel der Stiftung

Die Zuwendungen von Bund und Ländern an die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sind in den letzten neun Jahren nominal um insgesamt 46,2 % gestiegen, aber real nur um 29,7 %.

Das Volumen der im Jahre 2017 verfügbaren finanziellen Mittel lag damit unter Einbeziehung der Inflationsraten um 11,8 Mio. € über dem des Jahres 2009.

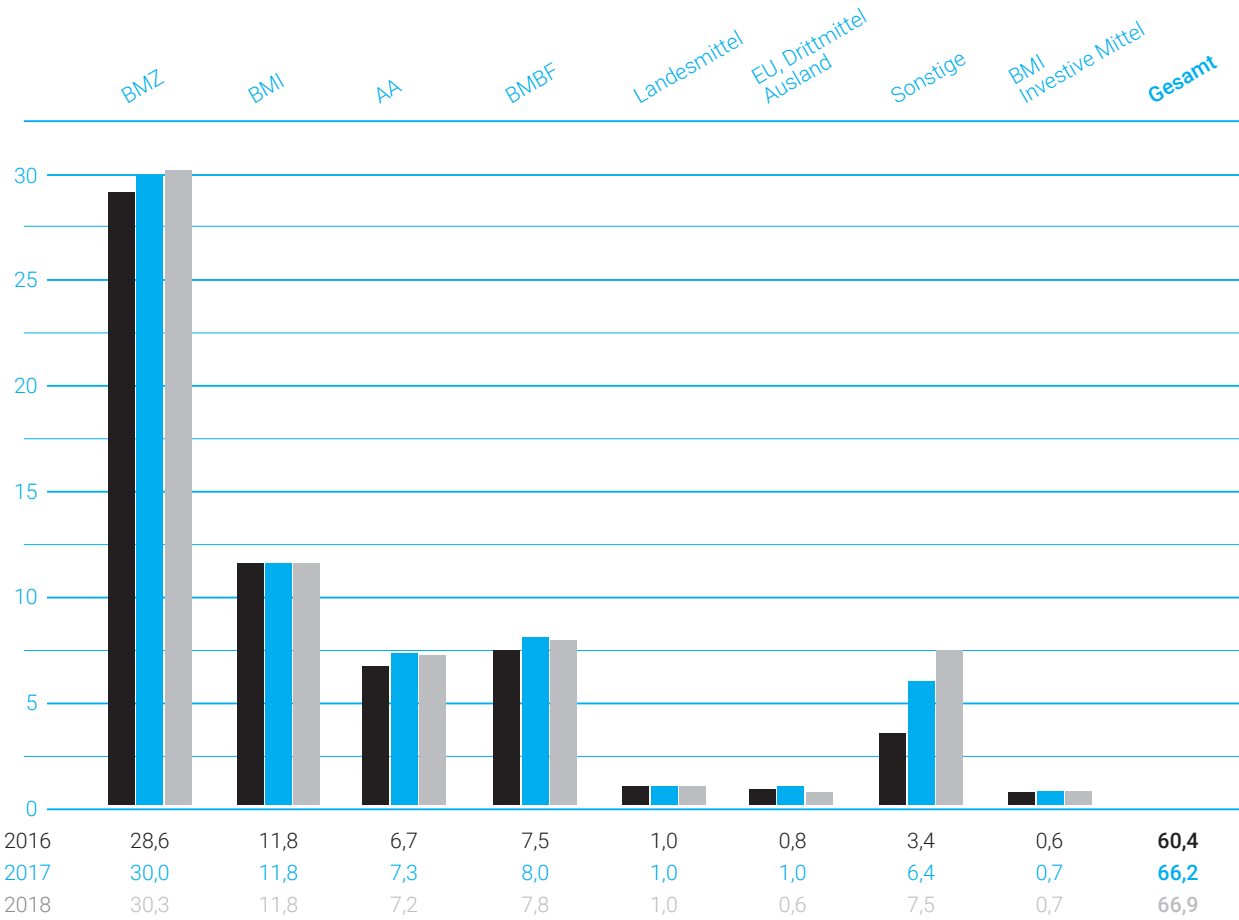
Die Entwicklung der Bundes- und Landeszuwendungen 2009–2017 (2018: Plan)



Angaben in Mio. €

Quellennachweis der Gesamteinnahmen

Die Zusammensetzung der Einnahmen 2016/2017 (2018: Plan)



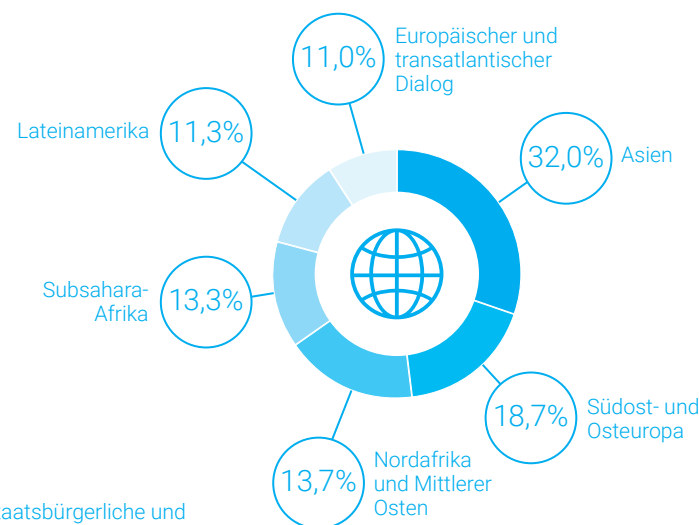
Angaben in Mio. €

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit erzielte im Haushaltsjahr 2017 Einnahmen in Höhe von 66,2 Mio. €. Davon bezog sie – gemäß ihrem Aufgabenschwerpunkt – 45,3 % der Mittel vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Gegenüber 2016 bedeutet dies eine Erhöhung der Einnahmen um 1,4 Mio. €. Der Anteil der Zuwendungen des Bundesministeriums des Innern betrug 17,8 % und lag damit unverändert bei 11,8 Mio. €. Die Zuwendungen des Auswärtigen Amtes erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mio. €. Der Anteil an den Gesamteinnahmen betrug 11,0 %.

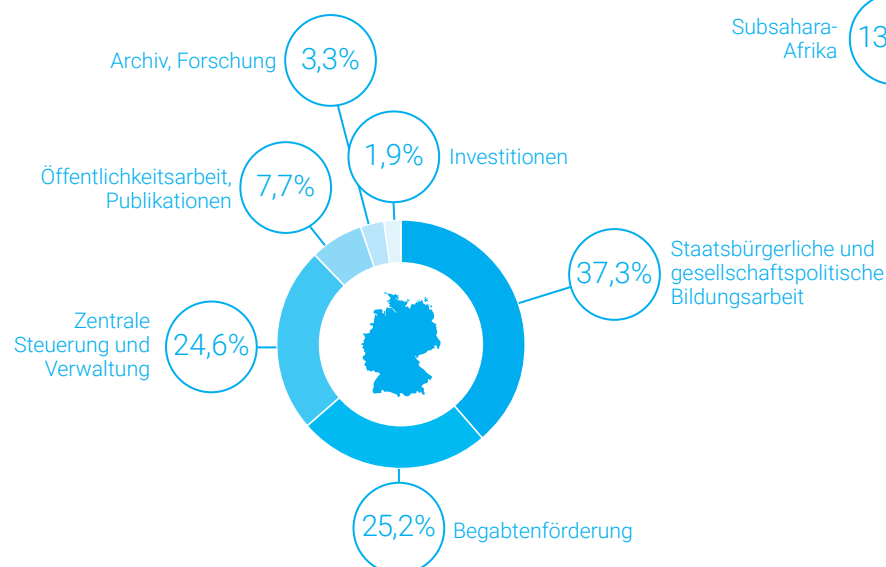
Die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung bereitgestellten Mittel beliefen sich auf 12,1 % der Gesamteinnahmen. Die Landesmittel mit 1,5 % der Gesamteinnahmen veränderten sich im Jahresvergleich nicht und lagen wie im Vorjahr bei insgesamt 1,0 Mio. €. Die Zuwendungen der EU und Anderer betrugen 1,0 Mio. €, das entspricht 1,5 % der Gesamteinnahmen. Sie lagen somit um 0,2 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Die sonstigen Einnahmen mit 9,7 % erhöhten sich von 3,4 Mio. € auf 6,4 Mio. €.

Die Aufteilung der Mittel

Die Aufteilung der Mittel weltweit



Aufteilung der Mittel in Deutschland nach Aufgaben



Staatbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit	13,5	9,6	Asien
Begabtenförderung	9,1	5,6	Südost- und Osteuropa
Zentrale Steuerung und Verwaltung	8,9	4,1	Nordafrika und Mittlerer Osten
Öffentlichkeitsarbeit, Publikationen	2,8	4,0	Subsahara-Afrika
Archiv, Forschung	1,2	3,4	Lateinamerika
Investitionen	0,7	3,3	Europäischer und transatlantischer Dialog
Gesamt	36,2	30,0	Gesamt

66,2

Angaben in Mio. €

Aufgabenfelder in Deutschland

Im Jahre 2017 umfassten die im Inland ausgegebenen Mittel 36,2 Mio. €. Dieser Betrag entsprach 54,68 % der Gesamteinnahmen. Die Aufwendungen für die zentrale Steuerung einschließlich der Planung und Steuerung der Auslandsarbeit sowie die Verwaltung der Infrastruktur beliefen sich im Berichtsjahr auf 13,44 % der Gesamteinnahmen.

Einsatzgebiete weltweit

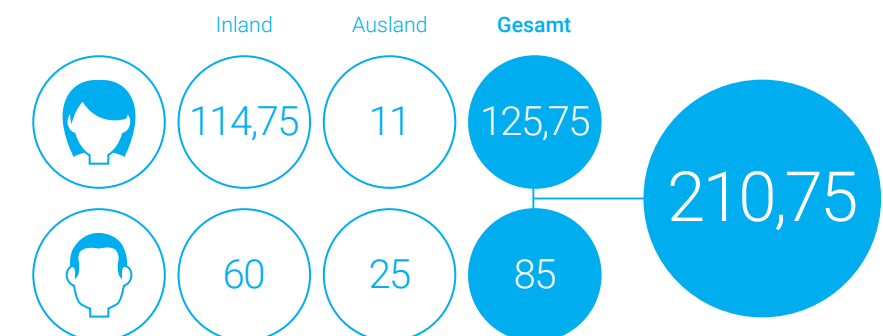
Der Finanzmitteleinsatz in Höhe von insgesamt 30,0 Mio. € entsprach 45,32 % der Gesamteinnahmen.

Mitarbeiter

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist ein attraktiver Arbeitgeber. Verteilt auf 210,75 Stellen im In- und Ausland arbeiten wir für die Freiheit.

Dazu kommen noch viele Projektmitarbeiter in aller Welt. Aktuelle Stellenausschreibungen finden Sie unter: freiheit.org/content/jobs

Anzahl der Stellen im In- und Ausland 2017

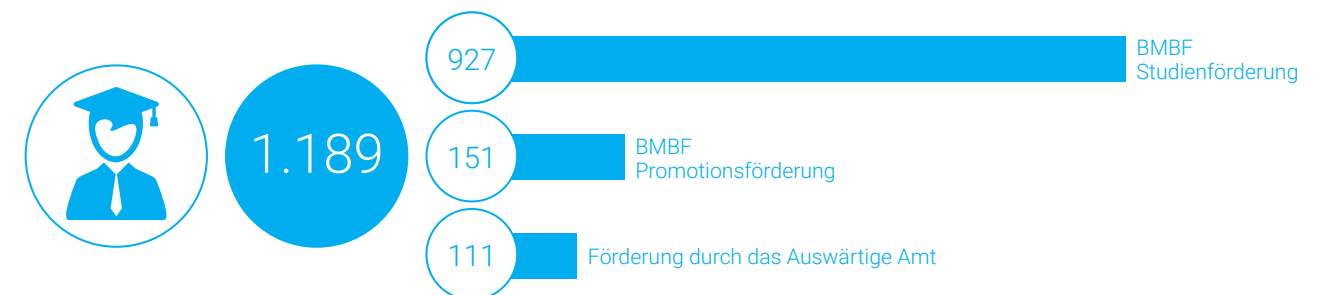


Begabtenförderung

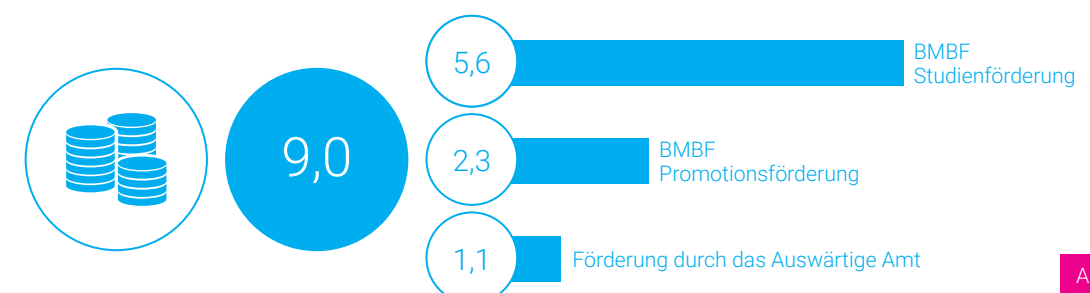
Die Begabtenförderung erhielt 2017 etwas über 9 Mio. € für die Förderung von deutschen und ausländischen Studierenden und Promovierenden.

Insgesamt wurden 1.189 Stipendiaten mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (7.933.000 €) und des Auswärtigen Amtes (1.117.792 €) gefördert.

Anzahl der Stipendiaten 2017



Verteilung der Mittel 2017



Angaben in Mio. €

Das Geschäftsjahr 2016

Aktiva		Passiva	
	Stand am 31.12.16 €	Stand am 31.12.15 €	
Anlagevermögen		Eigenkapital	
Immaterielle			Stiftungskapital
Vermögensgegenstände	515.000,00	587.854,00	Rücklagen
Sachanlagen	13.160.157,90	13.680.404,90	Umschichtungsergebnisse
Finanzanlagen	974.471,62	1.074.471,62	Ergebnisvortrag
Gesamt	14.649.629,52	15.342.730,52	Gesamt
Umlaufvermögen		Sonderposten für Investitions-	
Vorräte	21.700,00	22.800,00	zuschüsse zum Anlagevermögen
Forderungen und sonstige			Rückstellungen
Vermögensgegenstände	667.926,14	781.129,15	Verbindlichkeiten
Kassenbestand, Guthaben			Rechnungsabgrenzungsposten
bei Kreditinstituten	3.409.394,52	3.734.656,06	Gesamt
Gesamt	4.099.020,66	4.538.585,21	
Rechnungsabgrenzungsposten	54.699,65	26.272,51	
Gesamt	18.803.349,83	19.907.588,24	
Aufwendungen		Erträge	
	2016 €	2015 €	
Satzungsgemäße Tätigkeit,			Gesamt Zuschüsse
Projektaufwendungen	40.356.204,58	38.695.860,59	Einnahmen aus Spenden
Personalaufwand			Teilnehmerbeiträge
für Inlandsmitarbeiter	10.419.861,27	9.927.023,11	Sonstige Einnahmen und Erträge
Sachaufwendungen	6.019.650,02	5.498.896,69	Außergewöhnliche Einnahmen
Sonstige Aufwendungen	566.454,73	415.920,44	und Erträge
Außerordentliche			Einstellung in den Sonder-
Ausgaben und			posten für Investitionszu-
Aufwendungen	9.634,12	662,00	schüsse zum Anlagevermögen
Gesamt	57.371.804,72	54.538.362,83	Gesamt
Jahresüberschuss			
(Vorjahr Jahresfehlbetrag)	52.199,03	-177.721,32	
Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr	8.483.900,42	8.663.114,38	
Einstellung in die Ergebnsrück-			
lagen (Kapitalerhaltungsrücklagen)	-2.249,09	-1.492,64	
Ergebnisvortrag	8.533.850,36	8.483.900,42	

Gesamtübersicht aller im Haushaltsjahr 2018 zu erwartenden Einnahmen und voraussichtlichen Ausgaben

I. Einnahmen	
	€
1. Zuwendungen und Zuschüsse	
Zuwendungen der Bundesministerien	57.887.982,00
Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften	1.028.847,00
Sonstige Zuwendungsgeber	584.268,00
2. Spenden	23.000,00
3. Teilnehmergebühren	353.715,00
4. Sonstige Einnahmen	7.111.775,00
Gesamt	66.989.587,00
II. Ausgaben	
	€
1. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben	
Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit	-8.794.923,00
Förderung von Studenten und Graduierten	-8.233.032,00
Internationale Zusammenarbeit ¹	-28.214.605,00
Öffentlichkeitsarbeit	-2.421.730,00
2. Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter	-11.958.077,00
3. Ausgaben für zentrale Steuerung und Verwaltung	-7.367.220,00
Gesamt	-66.989.587,00
III. Voraussichtliches Jahresergebnis	
	€
	0,00

¹ inkl. unmittelbar zuzurechnender Personalkosten für Auslandsmitarbeiter

Danksagung an Stifter, Spender und Sponsoren

Mit Ihrer Hilfe tun wir Gutes! Ihre Zuwendungen ermöglichen die Weiterentwicklung der privaten Finanzierung der Aufgaben unserer Stiftung. Nur die Steigerung dieses privaten Finanzierungsanteils führt zu mehr Unabhängigkeit von öffentlichen Zuwendungen und somit zu einer unabhängigeren Arbeit der Stiftung. Dafür möchten wir Ihnen an dieser Stelle herzlich danken.

Unterstützen Sie die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit Ihrer Zustiftung zum Stiftungskapital oder mit einer einmaligen Spende zur Aufgabenfinanzierung: Mit einer Zustiftung tun Sie auf Dauer Gutes. Denn die gesamten aus dem Stiftungskapital einschließlich Ihrer Zustiftung erwirtschafteten Zinsen tragen zeitlich unbefristet und in vollem Umfang zur Finanzierung unserer satzungsgemäßen Aufgaben bei. Eine Spende wirkt einmalig und unmittelbar zur Aufgabenfinanzierung. Entscheiden Sie selbst, ob Sie als „Stifter“ oder als „Spender“ die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit unterstützen wollen, um Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen. In beiden Fällen erhalten Sie von uns eine steuerlich absetzungsfähige Bestätigung. Über weitere Einzelheiten beraten wir Sie gern.

Spendenkonto

Commerzbank Berlin
IBAN: DE12 1004 0000 0266 9661 04
BIC: COBADEFFXXX

Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman-Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

 /freiheit.org

 /FriedrichNaumannStiftungFreiheit

 /FNFreiheit

Verantwortlich

Boris Eichler
Leiter Fachbereich Kommunikation

Redaktion

Johanna Gabriel
Eva Cheung

Pressekontakt

Doris Droste
presse@freiheit.org

Produktion

COMDOK GmbH

Gestaltung

kopf-an-koepfe.de

Bildnachweis

Umschlag: Clara von Simson/© Lette Verein Berlin –
Stiftung des öffentlichen Rechts, Archiv

Seite 17: © Ali Haydar Yesilyurt

Seite 18: © picture alliance/dpa

Seite 20: © getty images/PeopleImages

Seite 28: © getty images/SolStock

Seite 31: © getty images/FatCamera

Seite 34: © Kristina Kämpfer

Seite 36: © Thomas Sattelberger

Seite 37: © getty images/SolStock

Seite 43: © iStock/mh-fotos

Seite 45: Dr. Thomas Kathöfer/© AiF e. V.

Seite 46: © Wolfgang Borrs

Seite 49: © Cornelius Braun

Seite 55: © getty images/Tomml

Seite 56: © getty images/xavierarnau

Seite 58: © Junge Liberale Baden-Württemberg/
Marvin Ruder

Seite 60: © getty images/lorenzoantonucci

Seite 61: © WhyEurope e. V.

Seite 62: © Anna Budek/Tagesspiegel

Seite 63: © Anna Budek/Tagesspiegel

Seite 64: © picture alliance/dpa

Alle anderen Fotos:

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit